



Sachsen-Anhalt

Antragsheft

2. Tagung des 9. Landesparteitages

ACHAT Hotel Magdeburg, Hansapark 2 in 39116 Magdeburg

07. und 08. September 2024

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einladung und Parteitageorganisation	5 - 6
Entwurf der Tagesordnung	7
Entwurf des Zeitplanes	8 - 9
Geschäftsordnung des 9. Landesparteitages	10 - 13
Besetzung der Arbeitsgremien des 9. Landesparteitages (Stand: 6. August 2024)	14 - 15
Entwurf Leitantrag „Mit Mut und Zusammenhalt zu einer guten Zukunft“	16 - 25
<u>Anträge zur Änderung der Landessatzung</u>	
Anträge 1.1. bis 1.2. – Änderung in §§ 18 und 19 – Geschäftsführender Landesvorstand - Antragsteller:innen: Landesvorstand	26 - 27
Antrag 2 – Änderung in § 12 – Möglichkeit der Bildung von Regionalverbänden - Antragsteller:innen: Landesvorstand	28 - 30
<u>Weitere Anträge</u>	
Antrag 1 – Verzicht auf A1-Plakatierung bei zukünftigen Wahlen – Antragsteller:innen: Kreisvorstände Börde, Anhalt-Bitterfeld, Harz und Salzlandkreis	31
Antrag 2.1. – Begrenzung der Wahlperioden für Landtag und Bundestag und Antrag 2.2. – Festlegung von Kriterien zur Erstellung der Liste für die Landtagswahlen - Antragsteller:innen: Sprecher:innenrat KV Jerichower Land	32 - 33
Antrag 3 – Linke Politik braucht Raum für Debatten - Antragsteller:innen: Stadtvorstand Magdeburg	34
Antrag 4 – Zukunft der Partei - Antragsteller:innen: Stadtvorstand Magdeburg	35 - 37
Antrag 5 – Partei stärken, Ressourcen bündeln, Umgang mit Mandaten Reformieren – Antragsteller:innen: Stadtvorstand Halle (Saale)	38 - 39
Antrag 6 – Geschlechtervielfalt anerkennen, Selbstbestimmung in der Partei leben! – Antragsteller:innen: Gabriel Rücker (Delegierter Stadt-Verband Magdeburg)	40

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
verehrte Gäste,

wir laden herzlich ein zu unserem nächsten Landesparteitag.

**Die 2. Tagung des 9. Landesparteitages findet vom 07. bis 08. September 2024 statt.
Tagungsort ist das ACHAT Hotel Magdeburg, Hansapark 2, 39116 Magdeburg.**

In deren Mittelpunkt werden die Aufgaben für die Landespartei nach der Kommunal- und Europawahl sowie die Neuwahl des Landesvorstandes und weiterer Gremien des Landesverbandes der Partei Die Linke sowie der Mitglieder des Bundesausschusses 2024/2025 stehen.

Hinweise zum Antragsverfahren

27. Juli 2024: Veröffentlichung des Leitantrages

Gemäß § 16 Absatz (5) unserer Landessatzung wurde der Leitantrag sechs Wochen vor dem Parteitag veröffentlicht. Er geht den Delegierten mit diesem Antragsheft zu und ist auf der Website des Landesverbandes sowohl als PDF-Datei (Antragsformat) als auch in Textform verfügbar unter: <https://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/parteitage/9-parteitag-2-tagung/dokumente/>

30. August 2024, 10.00 Uhr: Antragsschluss für Änderungsanträge

Änderungsanträge zum Leitantrag, zu anderen Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung und zu ordentlichen Anträgen sind gemäß Geschäftsordnung des 9. Landesparteitages bis spätestens sieben Tage vor Beginn des Landesparteitages – **bis zum 30. August 2024, 10.00 Uhr** – schriftlich zur Weiterleitung an die Antragskommission bei der Landesgeschäftsstelle einzureichen.

Dringlichkeits- oder Initiativanträge, also Anträge, die sich aus der politischen Situation nach dem Antragsschluss oder aus dem Parteitag heraus ergeben, bedürfen nach § 16 Absatz (5) der Landessatzung für eine Behandlung im Plenum der Unterschrift von mindestens 10 Prozent der stimmberechtigten Delegierten. Hierfür gibt es keine satzungsgemäß festgelegte Antragsfrist, sie können auch unmittelbar während des Landesparteitages eingebracht werden.

Adresse für Änderungsanträge:

Die Linke Sachsen-Anhalt, Landesgeschäftsstelle, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Fax: 0391 7324848

E-Mail: lgst@dielinke-lsa.de

Organisatorisches

Versorgung vor Ort

Es wird vor Ort eine Versorgung mit Getränken und Speisen vom Hotel aus angeboten. Wir haben uns um sozialverträgliche Preise bemüht.

Kinderbetreuung

Auf dem Landesparteitag wird es eine Kinderbetreuung am Samstag von 09.00 Uhr bis 18.00 Uhr und am Sonntag ab 09.00 Uhr geben. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um eine verbindliche Anmeldung bis **zum 02. September 2024 um 10.00 Uhr an die E-Mail: lgst@dielinke-lsa.de**.

Anfahrt mit dem öffentlichen Nahverkehr

Mit dem Bus der Linien 57, 58, N3 und N4 – Haltestelle „Magdeburg Hansapark)

Mit der Straßenbahn der Linien – Haltestelle „Sudenburg, Braunlager Str.“ – 10 min Fußweg (auf Hansapark nach Norden Richtung Brenneckestr., links abbiegen auf Brenneckestr., dann rechts auf Halberstädter Straße)

Rückmeldung bei Veränderungen

Wir bitten um Rückmeldung an die Landesgeschäftsstelle, wenn sich Veränderungen der Teilnahme ergeben (Telefon: 0391/7324840 oder per Mail lgst@dielinke-lsa.de).



Janina Böttger



Hendrik Lange



Sabine Krems-Jany

Tagungsort

ACHAT Hotel Magdeburg

Hansapark 2

39116 Magdeburg

Tagesordnung

der 2.Tagung des 9. Landesparteitages der Partei Die Linke in Sachsen-Anhalt am 7. und 8. September 2024 in Magdeburg

1. Eröffnung
2. Konstituierung des Landesparteitages (Bestätigung der Tagesordnung und des Zeitplans)
3. Rede der Landesvorsitzenden / Einbringung des Leitantrages
4. Aussprache zur Rede der Landesvorsitzenden / zum Leitantrag (Generaldebatte)
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Beschlussfassung zum Leitantrag des Landesvorstandes
7. Satzungsänderungen / Behandlung und Beschlussfassung der Änderungsanträge zur Landessatzung
8. Berichte des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission, der Landesfinanzrevisionskommission und des Landesausschusses
9. Aussprache zu den Berichten
10. Bestätigung der Berichte und Entlastung des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission und der Landesfinanzrevisionskommission
11. Wahl der Landesvorsitzenden
12. Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
13. Wahl der Landesgeschäftsführerin/des Landesgeschäftsführers
14. Wahl der Landesschatzmeisterin/des Landesschatzmeisters
15. Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes
16. Rede der Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion (Bericht)
17. Aussprache zum Bericht der Fraktion
18. Wahl der Mitglieder der Landesschiedskommission, der Landesfinanzrevisionskommission und des Bundesausschusses für 2024/2025
19. weitere Anträge und Beschlussfassungen
20. Schlusswort der neu gewählten Landesvorsitzenden

Zeitplan

der 2.Tagung des 9. Landesparteitages der Partei Die Linke in Sachsen-Anhalt am 7. und 8. September 2024 in Magdeburg

Samstag, 07. September 2024

10:00 Uhr	Eröffnung
10:10 Uhr	Grußwort der Gäste
10:30 Uhr	Konstituierung des Landesparteitages (Bestätigung der Tagesordnung und des Zeitplans)
10:40 Uhr	Rede der Landesvorsitzenden / Einbringung des Leitantrages
11:20 Uhr	Aussprache zur Rede der Landesvorsitzenden und zum Leitantrag (Generaldebatte)
12:20 Uhr	Mittagspause
13:00 Uhr	Fortsetzung Aussprache
14:00 Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
14:05 Uhr	Beschlussfassung zum Leitantrag
14:10 Uhr	Satzungsänderungen / Behandlung und Beschlussfassung der Änderungsanträge zur Landessatzung
15:15 Uhr	Berichte des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission, der Landesfinanzrevisionskommission und des Landesausschusses
15:45 Uhr	Aussprache zu den Berichten
16:10 Uhr	Bestätigung der Berichte und Entlastung
16:15 Uhr	Pause
16:30 Uhr	Aufstellung der Kandidatinnen/Kandidaten zur Wahl der Landesvorsitzenden
16:50 Uhr	Wahlgang zur Wahl der Landesvorsitzenden
17:20 Uhr	Bekanntgabe des Wahlergebnisses zur Wahl der Landesvorsitzenden
17:25 Uhr	Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
17:55 Uhr	Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
18:00 Uhr	Bekanntgabe der Wahlergebnisse der stellvertretenden Landesvorsitzenden
18:15 Uhr	Aufstellung der Kandidatin/des Kandidaten zur Wahl der Landesgeschäftsführerin/des Landesgeschäftsführers
18:45 Uhr	Aufstellung der Kandidatin/des Kandidaten zur Wahl der Landesschatzmeisterin/des Landesschatzmeisters
19:00 Uhr	Wahl der Landesgeschäftsführerin/des Landesgeschäftsführers und der Landesschatzmeisterin/ des Landesschatzmeisters
19:15 Uhr	Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Landesvorstand (Liste zur Sicherstellung der Mindestquotierung)

- 19:35 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die Landesgeschäftsführerin/
den Landesgeschäftsführer und die Landesschatzmeisterin/den
Landesschatzmeister
- 19:45 Uhr Fortsetzung Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den
Landesvorstand (Liste zur Sicherstellung der Mindestquotierung)
- 20:30 Uhr Wahl der Liste zur Sicherstellung der Mindestquotierung für den
Landesvorstand
- 20:40 Uhr Ende des ersten Beratungstages

Sonntag, 08. September 2024

- 10:00 Uhr Fortsetzung der Beratung
- 10:10 Uhr Grußwort der Gäste
- 10:30 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse
- 10:40 Uhr Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die gemischte Liste zur Wahl
des Landesvorstandes
- 11:15 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 11:20 Uhr Wahl der gemischten Liste für den Landesvorstand
- 11:30 Uhr Rede der Vorsitzenden der Landtagsfraktion (Bericht)
- 12:00 Uhr Aussprache zum Bericht der Fraktion
- 12:20 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die gemischte Liste
- 12:30 Uhr Mittagspause
- 13:10 Uhr Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die
Landesfinanzrevisionskommission (mindestens 3), Landesschiedskommission
(mindestens 6), den Bundesausschuss (4 Mitglieder/ Ersatzmitglieder)
- 14:15 Uhr Wahlgänge
- 14:40 Uhr weitere Anträge und Beschlussfassungen
- 15:15 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die Gremien
- 15:30 Uhr Schlusswort

Geschäftsordnung

des 9. Landesparteitages der Partei Die Linke Sachsen-Anhalt

(Beschluss der 1. Tagung des 9. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt)

I. Leitung/Arbeitsgremien/Aufgaben und Befugnisse

1. Der Landesparteitag wählt als Arbeitsgremien im Block und – sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird – in offener Abstimmung
 - das Tagungspräsidium
 - die Mandatsprüfungskommission
 - die Wahlkommission
 - die Antragskommission

Das Tagungspräsidium und die Kommissionen werden quotiert und getrennt voneinander gewählt. Vorschläge können in jeweils einer gemeinsamen Liste eingebracht werden.

2. Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Tagungspräsidium geleitet. Es bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.
3. Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Landesparteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.
4. Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag beschlossenen Tagesordnung.

II. Regeln in der Debatte

5. Stimm- und Rederecht haben die gewählten und angemeldeten Delegierten. Teilnehmer:innen mit beratender Stimme haben Rederecht. Gästen kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden, entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.
6. Die Tagungsleitung ruft die Tagungsordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Redner:innen zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und kann das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen.

7. Wortmeldungen sind dem Tagungspräsidium schriftlich einzureichen. Dafür sollen die vorgegebenen Formulare verwendet werden. Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme zugunsten anderer Redner:innen ist nicht möglich.
8. Die Reihenfolge der Redner:innen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt. Die Redezeit für Diskussionsredner:innen beträgt maximal 5 Minuten. Längere Redezeiten sind durch die Antragsteller:innen vor Beginn der Rede zu beantragen und durch den Landesparteitag zu bestätigen. Die Delegierten haben das Recht, Anfragen an die Diskussionsredner:innen zu stellen. Das Tagungspräsidium kann die Anzahl der Anfragen an Diskussionsredner:innen begrenzen.
9. Der Antrag auf Beendigung der Debatte oder Übergang zum nächsten Tagungsordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagungsordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht auf diese Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Redner:innen zu verlesen.
10. Persönliche Erklärungen der Delegierten können nach Beendigung des jeweiligen Tagesordnungspunktes abgegeben werden. Diese sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit beträgt maximal 2 Minuten.

III. Antragstellung/Antragsarten/Beschlussfassung

11. Alle gewählten und angemeldeten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern die Bundessatzung bzw. Landessatzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend und angemeldet ist.
12. Fristgemäß eingereichte Anträge sind vom Parteitag zu behandeln oder an den Landesvorstand bzw. den Landesausschuss zu überweisen.
13. Zur Begründung selbstständiger Anträge erhalten zunächst die Antragsteller:innen das Wort, die Redezeit beträgt 5 Minuten. Es erhält jeweils ein/e Redner:in dagegen und ein/e Redner:in dafür das Wort, die Redezeit beträgt 2 Minuten.
14. Der Landesparteitag kann mit einer absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.
15. Die Abstimmung über Anträge erfolgt im Komplex mit dem Bericht der Antragskommission, falls der Landesparteitag nichts anderes beschließt. Alle Anträge werden nummeriert.
16. Änderungsanträge sind Anträge, die sich auf die vorliegenden Anträge beziehen und diese ändern sollen. Änderungsanträge zu Leitanträgen, Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung und ordentlichen Anträgen sind schriftlich bis spätestens

7 Tage vor Beginn der Tagung bei der Landesgeschäftsstelle zur Weiterleitung an die Antragskommission einzureichen.

Zur Begründung von Änderungsanträgen erhalten zunächst die Antragsteller:innen das Wort, die Redezeit beträgt 2 Minuten. Es erhält jeweils ein/e Redner:in dagegen und ein/e Redner:in dafür das Wort, die Redezeit beträgt 1 Minute.

17. Der/die Antragsteller:innen können Änderungsanträge ganz, teilweise oder sinngemäß übernehmen. Eine Behandlung dieser Änderungsanträge auf dem Parteitag entfällt. Der Parteitag kann dieser Übernahme auf mündlichen Antrag einer/eines Delegierten in jedem Einzelfall widersprechen.
18. Dringlichkeitsanträge sind selbstständige Anträge zu besonderen politischen Ereignissen oder grundsätzlichen politischen bzw. gesellschaftlichen Veränderungen, deren Anlass nach Antragsschluss, also innerhalb der letzten sechs Wochen vor Beginn der Tagung, eingetreten ist.
Initiativanträge sind Anträge, deren Anlass sich unmittelbar aus dem Ablauf des Parteitages ergibt.
Dringlichkeits- und Initiativanträge können mit Unterstützung von mindestens 10 Prozent der gewählten Delegierten auch unmittelbar auf dem Landesparteitag eingebracht werden.
19. Geschäftsordnungsanträge betreffen den Ablauf des Parteitages. Dazu gehören insbesondere Anträge zur Tagesordnung und zum Zeitplan, zum Antrags- und Beratungsverfahren, zur Gewährung von Rederechten, zur Vertagung oder Streichung eines Tagesordnungspunktes, zur Beendigung oder zur Wiederaufnahme der Debatte bzw. zum Schließen oder Wiedereröffnen der Redeliste. Sie können mündlich und außerhalb der Reihenfolge der Redner/innenliste gestellt werden. Sie werden unmittelbar behandelt. Vor der Abstimmung darüber erhält ein/e Redner:in dagegen und ein/e Redner:in dafür das Wort, die Redezeit beträgt für die Antragsteller:in sowie Gegen- und Fürredner:in 1 Minute. Bei laufender Abstimmung können Anträge zur Geschäftsordnung nicht gestellt werden.
20. Beschlüsse werden durch den Landesparteitag mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Delegierten gefasst, wenn kein anderslautender Antrag zum Abstimmungsverfahren gestellt wird oder sofern die Satzung nichts anderes bestimmt.
Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Bei Gleichheit der Ja- und Nein-Stimmen gilt der Antrag als abgelehnt.
Die Abstimmung erfolgt durch das Erheben der Delegiertenkarte.
Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zähler:innen ein, die dann tätig werden, wenn ein entsprechender Antrag gestellt worden ist oder wenn von der Tagungsleitung kein eindeutiges Ergebnis ermittelt werden kann.

IV. Weitere Regelungen

21. Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden weiblichen Delegierten ein Frauenplenum des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen werden. Beschlüsse des Frauenplenums haben Veto-Charakter, sie können nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit aller Delegierten zurückgewiesen werden.

Das Frauenplenum ist Bestandteil der Verhandlungen des Landesparteitages, für die Tagungsmodalitäten macht das Tagungspräsidium Vorschläge.

22. Die Sitzungen des Landesparteitages sind öffentlich. Über die Durchführung geschlossener Sitzungen beschließt der Landesparteitag auf Antrag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten.
23. Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort. Über den Ablauf ist eine Niederschrift sowie ein Ton- oder Videomitschnitt zu fertigen und zu archivieren.
24. Funktelefone sind im Konferenzsaal stumm zu schalten.
25. Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung sind mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten möglich.

Besetzung der Arbeitsgremien

des 9. Landesparteitages der Partei Die Linke Sachsen-Anhalt

(Beschluss der 1. Tagung des 9. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt)

Tagungspräsidium

Nicole Anger	Magdeburg
Janina Böttger	Halle (Saale)
Kathrin Gantz	Mansfeld-Südharz
Silke Krause	Burgenlandkreis
N.N.	
Stefanie Mackies	Halle (Saale)
Astrid Meyer	Harz
Jutta Walther	Saalekreis
Petra Weiher	Anhalt-Bitterfeld
Roland Claus	Salzlandkreis
Steffen Götz	Stendal
Hendrik Lange	Halle (Saale)
Uwe Loos	Wittenberg
Alexander Luft	Harz
David Schliesing	Börde
Eric Stehr	Burgenlandkreis
Lucas Ufermann	Linksjugend [‘solid]
Elias Zarrad	Wittenberg

Mandatsprüfungskommission

Vera Baryshnikov	Magdeburg
N.N.	
N.N.	
Birgit Wagner	Saalekreis
Tim Biermordt	Salzlandkreis
N.N.	

Antragskommission

Birke Bull-Bischoff	Burgenlandkreis
Regine Dockhorn	Mansfeld-Südharz
N.N.	
N.N.	
Gritt Kumar	LAG Rote Reporter:innen
Gabriel Rücker	Magdeburg
Karsten Lippmann	Harz
Raik Ohlmeyer	Salzwedel
Mario Blasche	Stendal
Dirk Gernhardt	Halle (Saale)

Wahlkommission

Charlotte Baschwitz	Magdeburg
N.N.	
Sandra Heiß	LAG Bildungspolitik
Anke Jäger	Magdeburg
Mareen Kelle	Wittenberg
N.N.	
N.N.	
Sigrid Reinicke	LAG Kommunalpolitik
N.N.	
Sylvia Zander	Jerichower Land
Michael Berghäuser	Dessau-Roßlau
Michael Gallrein	Börde
N.N.	
Jan Röttschke	Halle (Saale)
Wendelin Scheiner	Magdeburg
Matthias Schütz	Anhalt-Bitterfeld
N.N.	
N.N.	
Robert Brix	Saalekreis
N.N.	

Anmerkung:

Da einige Genoss:innen, die bisher in den Arbeitsgremien des 9. Landesparteitages gewählt waren entweder ausgetreten sind, ihr Mandat niedergelegt haben oder zur 2. Tagung nicht anwesend sein können, sind Nachwahlen erforderlich.

Gegenwärtig sind wir bemüht, weitere Genoss:innen dafür zu gewinnen.

1 Antragsteller:innen:
2 Landesvorstand

3
4
5 Entwurf

6 **Leitantrag**

7
8 **an die 2. Tagung des 9. Landesparteitages**
9 **der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt**
10 **am 7. und 8. September 2024 in Magdeburg**

14 **Mit Mut und Zusammenhalt zu einer guten Zukunft**

15
16
17
18 Es ist Zeit, sich zu verändern. Diese Erkenntnis treibt viele Genoss:innen um. Veränderung
19 braucht Mut. Und diesen Mut hat unsere Partei, die die Gesellschaft verändern will, in ihren
20 Genen. Die Linke war und ist einzigartig in der Parteienlandschaft. Links von der Sozialde-
21 mokratie ist sie Antreiberin für Soziale Gerechtigkeit, sie streitet konsequent für Frieden, die
22 Befreiung und Selbstbestimmung aller Menschen, sie kombiniert die Frage nach dem Erhalt
23 unserer Lebensgrundlagen mit dem Ruf nach Gerechtigkeit und sozialen Garantien für die
24 Menschen.

25
26 Doch Die Linke steht an einem Punkt, an dem sie seit ihrer Gründung noch nie war. Sie **droht**
27 **ihre politische Bedeutung zu verlieren.**

28
29 Die desaströsen Wahlergebnisse lassen nur die Erkenntnis zu, dass sich unsere Partei neu
30 aufstellen muss. Sie braucht einen Neuanfang. Auch in Sachsen-Anhalt hinterlässt der
31 massive Rechtsruck Spuren. Das Herz unserer politischen Arbeit, die starke Kommunalpolitik
32 nah an den Menschen vor Ort, wurde durch die hohen Verluste erschüttert. Und das Ergebnis
33 der Europawahlen gibt einen Ausblick auf die kommenden Bundestagswahlen, auf die sich
34 unsere Partei mit diesem Parteitag genauso vorbereiten muss wie auf die Landtagswahl.

35 **Und darum ist eine schonungslose Analyse zur Situation unserer Partei und der**
36 **vergangenen Wahlen ebenso notwendig wie ein mutiger Blick nach vorn.**

37
38 Unsere Grundwerte Gemeinschaft, Zusammenhalt, Gerechtigkeit werden uns auf diesem Weg
39 leiten. Wir werden uns verändern, um besser und wieder stärker zu werden, damit wir das tun
40 können, was unsere Aufgabe ist: Diese Gesellschaft mit den Menschen zum Guten gestalten.

41
42 Die Stärke unserer Partei war und ist die Einbeziehung aller Mitglieder und auch Sympathi-
43 sant:innen bei Diskussionen um die Entwicklung guter Ideen, bei Wahlkämpfen und auch bei
44 unseren Erfolgen bzw. Misserfolgen. Gerade jedoch Misserfolge sind es, die uns mürbe
45 machen und deshalb wollen wir gemeinsam wieder zurück auf die Erfolgsspur. Und wir sagen:
46 Wir haben das Zeug dazu!

48 Eine Partei, die Neugier, Leidenschaft, Selbstbewusstsein und Zusammenhalt nicht nur
49 gesellschaftlich einfordert, sondern auch ausstrahlt, ist eine Partei, in der man Lust hat
50 mitzuwirken. Das ist eine Partei, der man vertraut und die man unterstützen möchte. Wir
51 haben auf kommunaler und Landesebene bewiesen, dass wir eine verlässliche linke Kraft
52 sind. Wir streiten z.B. für eine bessere Kinderbetreuung, für eine glückliche Kindheit ohne
53 Armut, für eine chancengerechte Bildung, für bezahlbaren Wohnraum, für bezahlbaren
54 Nahverkehr, für ein gutes Gesundheitssystem für alle und mehr demokratische Mitsprache für
55 alle Bürger:innen – kurz: Für eine bessere Gesellschaft!

56

57 Es ist an der Zeit, den Menschen deutlich zu machen, dass wir bei Wahlen ihre Stimme
58 brauchen, um in unserem Engagement für ihre Interessen gestärkt weitermachen zu können.
59 Dabei muss es uns gelingen, deutlich zu machen, dass die Themen der Zukunft nicht Hass
60 und Hetze, nicht Polarisierung und bewusste Aushöhlung des Vertrauens in Demokratie und
61 Menschenrechte sind. Die Themen der Zukunft liegen in gleichwertigen Lebensverhältnissen
62 für alle Menschen in unserem Land. Dies auf populäre Weise darzustellen, ist unsere
63 gemeinsame Aufgabe. Wir müssen wieder die Herzen der Menschen erreichen.

64

65 Lasst uns nicht mit Angst in die Zukunft schauen. Es gibt vieles, was wir beeinflussen können.
66 Das Scheitern der Linken in Europa, in Deutschland, in Sachsen-Anhalt ist kein Naturgesetz.

67 **Wir haben unsere Zukunft in der Hand!**

68

69

70 **1 – Politische Situation nach der Kommunal- und Europawahl**

71

72 Die Linke hat auf europäischer Ebene und auf kommunaler Ebene verloren. Europa und die
73 Kommunen in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und weiteren Bundesländern rücken
74 weiter nach rechts.

75

76 **Die vielbeschworene Brandmauer der CDU zur AfD hat nach der Kommunalwahl tiefe**
77 **Risse bekommen.** In vielen Kommunen in Sachsen-Anhalt stellt die AfD Ortschaftsräte,
78 (stellvertretende) Kreistags- und Gemeinderatsvorsitzende und das in Zusammenarbeit und
79 Abstimmung mit der CDU. **Die Gestaltungsspielräume für unsere Politik, für soziale und**
80 **progressive Politik, sind deutlich kleiner geworden.** Auf unsere kommunalen Mandats-
81 und Funktionsträger:innen werden große Herausforderungen zukommen, bei den derzeitigen
82 Mehrheitsverhältnissen eigene Projekte, Anträge und Ideen durchzusetzen und gleichzeitig
83 Verschlechterungen, Kürzungen bei sozialen Projekten, bei der Kinder- und Jugendarbeit, bei
84 Mobilitätsangeboten usw. zu verhindern. Die Hoffnung, dass die AfD entzaubert wird, wenn
85 sie Verantwortung übernehmen muss, wird sich nicht erfüllen, vielmehr werden tatsächliche
86 Verschlechterungen bei der Daseinsvorsorge, bei sozialen Projekten, bei Dienstleistungen der
87 Verwaltung konkret werden und nur sehr langsam wieder zurückgedreht werden können.

88

89 Der Wahlerfolg des neuen Linksbündnisses in Frankreich, welches einen Wahlsieg der
90 rechtsextremen Partei von Marine Le Pen, Rassemblement National verhinderte, der Wahlsieg
91 der Labour-Partei in Großbritannien und die Abwahl der national-konservativen PiS-Partei in
92 Polen lassen auf eine andere Zukunft hoffen. Dennoch wird sich erst in den nächsten Jahren
93 entscheiden, ob sie für uns ein Blick in die Zukunft oder ein Blick zurück sind. Holen sie nur
94 das nach, was wir seit 2021 erleben oder sind sie ein neuer gangbarer Weg für die Zukunft?
95 SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden im Bund für ein Versprechen gewählt, das eine
96 bessere Zukunft, mehr Respekt, mehr soziale Sicherheit versprach. Dieses Versprechen

97 wurde nicht eingehalten. Die Umfrageergebnisse und die Ergebnisse der Europawahl lassen
98 vermuten, dass die derzeitige Bundesregierung nicht weitergeführt werden kann. Nach 16
99 Jahren CDU in der Bundesregierung in unterschiedlicher Konstellation, droht nach nur einer
100 Legislaturperiode diese wieder in die Nähe der Regierungsverantwortung zu kommen.
101 Fraglich ist allerdings, ob sie dann in eine Koalition mit der AfD oder anderen Parteien geht.
102 Das Parteiensystem in Deutschland zerfasert immer mehr. Eine Koalition mit nur zwei
103 Parteien auf Bundesebene scheint der Vergangenheit anzugehören.

104

105 **Gleichzeitig erleben wir eine Erosion der Demokratie**, ein stark wachsendes Misstrauen
106 gegen staatliche Institutionen, gegen die Politik im Allgemeinen, bei der Problemlösungs-
107 kompetenz von Politik, gegen die Demokratie an sich, vor allem in Ostdeutschland. Viele
108 Menschen, so zeigen es auch Fokusgruppenumfragen u.a. in Brandenburg, empfinden Politik
109 als zu weit weg von ihrer eigenen Lebenssituation, sie fühlen sich mit ihren Alltagsproblemen
110 zu wenig gesehen und auch nicht ernst genommen. Während der Politik des Bundes dabei vor
111 allem negative Auswirkungen auf die eigene Lebenssituation zugerechnet werden, wird die
112 Landespolitik als im Grunde bedeutungslos wahrgenommen. Ein Befund, der nicht nur für
113 Brandenburg, sondern auch für Sachsen-Anhalt anzunehmen ist. **Die Krisenerfahrung der**
114 **letzten Jahre hat das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz von Politik zusätzlich**
115 **beschädigt**, d.h. das Vertrauen, dass Politik überhaupt in der Lage ist, die wahrgenommenen
116 Probleme lösen zu können, ist stark zurückgegangen. **Vielmehr hat sich ein Gefühl der**
117 **Ohnmacht breit gemacht, verstärkt durch eine Pandemie, den Krieg in der Ukraine**
118 **und die gestiegenen Lebenshaltungskosten**. Diese Ohnmacht führt unabhängig von der
119 eigenen sozialen Situation zu einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis. Sicherheit ist dabei in
120 einem weiten Sinne zu verstehen, **Sicherheit, frei von Krieg leben zu können, frei von**
121 **Armut, soziale Sicherheit, berufliche Sicherheit, aber vor allem Planungssicherheit.**
122 **Die Menschen erwarten von Politik planvolles, vorausschauendes, verlässliches**
123 **Handeln.**

124

125 Auch das sozial-, wirtschafts- und infrastrukturelle Umfeld beeinflusst individuelle
126 Einstellungen und Wahlentscheidungen. Wahlnachbefragungen zeigen bei der Europawahl
127 deutlich, dass AfD und BSW vor allem in ländlichen Regionen gewählt werden, hingegen Die
128 Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor allem in den Großstädten. **Faktoren wie etwa**
129 **Bevölkerungsgrößen von Gemeinden, negativer Wanderungssaldo, hohe Arbeitslosen-**
130 **zahl und schlechte Anbindung an die Infrastruktur können sich auf die Stimmenanteile**
131 **der AfD auswirken**. Gleichzeitig gibt es verfestigte extrem rechte Milieus, wie auch schon
132 Wahlergebnisse für die DVU zeigten und Studien nachweisen. Jedoch, die AfD wird nicht nur
133 in kleinen, schrumpfenden Gemeinden gewählt, sondern auch in größeren Städten bzw.
134 Stadtteilen.

135

136 Rechte Parteien profitieren von Sparpolitik und dem Abbau öffentlicher Daseinsvorsorge.
137 Dort, wo die Verpflichtung zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse (subjektiv
138 empfunden, aber auch objektiv) nicht (ausreichend) eingelöst wird, haben es antidemokrati-
139 sche Kräfte leichter. Unabhängig von der persönlichen Betroffenheit von sozialer Ungleichheit
140 entsteht in strukturschwachen Regionen ein Gefühl des Abgehängtseins.

141

142 Anzunehmen ist, dass eine aktive, demokratische Zivilgesellschaft und gute sozial-,
143 wirtschafts- und infrastrukturelle Ausgangsbedingungen eher die Wahl demokratischer
144 Parteien befördert, wohingegen verfestigte extrem rechte Milieus und schlechte Struktur-
145 bedingungen zusammengenommen das Risiko der Wahl extrem rechter Parteien erhöhen.

146 Diese Befunde sind nicht neu, verstärken aber die **Notwendigkeit, dass wir als Partei für**
147 **den Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse noch stärker eintreten und**
148 **konkrete Lösungsansätze anbieten**, die Daseinsvorsorge weiter auszubauen, statt sie
149 zusammenzukürzen. Oft scheitern wir jedoch nicht an den Ideen und Lösungsvorschlägen,
150 sondern an den Mehrheitsverhältnissen und dem nicht vorhandenen Willen anderer Parteien,
151 hier stärker zu investieren. Auch die CDU-/SPD-/FDP-Koalition in Sachsen-Anhalt ist nicht in
152 der Lage, dem Versagen der Ampel-Regierung etwas entgegenzusetzen. **Im Zentrum steht**
153 **hier das Versagen beim Thema Bildung und Gesundheit**. Der zum großen Teil
154 hausgemachte Personalnotstand in den Schulen und die weitgehende Inaktivität der
155 Landesregierung beim Abbau der Gesundheitsversorgung, insbesondere im ländlichen Raum,
156 forcieren ein gesellschaftliches Klima von Angst und Pessimismus.

157
158 Die Diskussion auf Bundesebene zur Schuldenbremse zeigt die **Nichtbereitschaft anderer**
159 **Parteien, notwendige Investitionen in die Infrastruktur oder Daseinsvorsorge zu**
160 **leisten**. Die jüngsten Vorschläge vom Parteivorsitzenden der CDU, Friedrich Merz, dass
161 Bahnangebot weiter auszudünnen, sind ein weiterer Beleg. Ein Ausdünnen würde mit aller
162 Wahrscheinlichkeit nicht die gut ausgelasteten Strecken mit vielen Fahrgästen betreffen,
163 sondern eben wieder jene in der Peripherie, im ländlichen Raum. Es hätte ein weiteres
164 Abhängen von Regionen, von Dörfern und Menschen, die in diesen Dörfern leben, zur Folge.
165 Das objektive Gefühl des Abgehängtseins würde weiter steigen. Ähnlich verhält es sich mit
166 dem Schließen von Geburtsstationen, Krankenhäusern und Schulen. Diesem entgegen-
167 zuwirken und immer wieder den Finger in die Wunde zu legen, wird eine der vordringlichsten
168 Aufgaben für uns als Partei, als Landesverband sein.

169
170 Es wäre fatal zu glauben, dass soziale Verbesserungen oder die Abwehr von Verschlech-
171 terungen alleine dem Rechtsruck den Boden entziehen könnten, da es verfestigte extrem
172 rechte Milieus in Sachsen-Anhalt gibt, sie sind aber ein Teil dessen, was notwendig ist.

173
174 **Wo stehen wir als Partei?**

175
176 2007 schlossen sich PDS und WASG zur Partei DIE LINKE zusammen. Dieser Zusammen-
177 schluss war auch eine Folge der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die
178 Schrödersche Agenda 2010. Nicht nur wir haben **damals erkannt, dass der massive**
179 **Sozialabbau nur durch eine breite Bewegung verhindert werden kann, die**
180 **gesellschaftliche Akteure mit unterschiedlichen Ausgangspunkten, aber einer**
181 **gemeinsamen Zielstellung zusammenbindet**. Verbunden mit unserem Markenkern, dem
182 Kampf um soziale Gerechtigkeit, haben wir ein Signal der Hoffnung auf Veränderungen
183 ausgesendet, was auf eine breite gesellschaftliche Resonanz stieß.

184 Versäumt haben wir, auf dieser Basis die gesellschaftliche Anbindung zu stabilisieren und
185 auszubauen, stattdessen wurden unsere inneren Widersprüche kultiviert und wir haben uns
186 aus gesellschaftlichen Debatten zunehmend verabschiedet. Eine programmatische
187 Untersetzung und Fortschreibung der Erkenntnisse aus den Anfangsjahren wurde versäumt,
188 genauso wie eine Weiterentwicklung des Markenkerns. Unsere gesellschaftliche Akzeptanz
189 haben wir dadurch zunehmend verloren, wie auch an den Wahlergebnissen seit 2012
190 abzulesen ist.

191
192 Die Ergebnisse der Europawahlen dokumentieren diesen **massiven Bedeutungsverlust der**
193 **Linken in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung**. Während bundesweit eine
194 Halbierung der Ergebnisse zu verzeichnen war, verlor Die Linke im Osten insgesamt, auch in

195 Sachsen-Anhalt, zwei Drittel ihrer Wähleranteile. In den Flächenländern Ost bewegen sich die
196 Ergebnisse mit der Ausnahme von Thüringen zwischen 4,4 und 4,9 Prozent (Sachsen-Anhalt
197 4,8 Prozent) und machen deutlich, dass es sich hierbei um einen bundesweiten Trend
198 handelt. Geringfügige Stimmengewinne in der Wählerwanderung von ehemaligen
199 Wähler:innen der Grünen stehen massive Verluste in Richtung Nichtwähler-Lager, BSW und
200 anderen Parteien gegenüber. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Kommunalwahlen in
201 Sachsen-Anhalt, bei denen sich die Stimmenanteile der Linken um 45 Prozent verringert
202 haben. In manchen Kommunen liegt der Verlust bei über 50 Prozent. Im Verhältnis zu allen
203 anderen ostdeutschen Flächenländern ist dieser Verlust etwas geringer, allerdings muss
204 beachtet werden, dass das BSW auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt nicht unter diesem
205 Namen antreten durfte. Geringere Verluste gab es bei den Kommunalwahlen in Sachsen-
206 Anhalt vor allem dort, wo Die Linke mit Bürgermeister:innen vertreten ist und Gestaltungs-
207 spielraum hat.

208
209 Das zeigen uns Wahlergebnisse zur Kommunalwahl in Köthen, Bernburg, Aken, Hettstedt und
210 Salzwedel. Darauf müssen wir aufbauen. **In den Kommunen sind wir nah an den**
211 **Menschen.** Diese Nähe müssen wir weiter ausbauen. Sowohl unsere Oberbürger-
212 meisterinnen Christina Buchheim in Köthen und Dr. Silvia Ristow in Bernburg, als auch unsere
213 Ortsvorsteherin Christel Lück in Gräfenhainichen, unsere vielen Ortsbürgermeister:innen,
214 unsere Mitglieder der Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte bis hin zu den Genoss:innen in den
215 Ortschaftsräten, die konkrete linke Politik vor Ort machen und damit die Gesichter unserer
216 Partei sind, haben zu solchen Hoffnungszeichen beigetragen. Mit Ines Schwerdtner hatte der
217 Landesverband für die Europawahl eine außerordentlich aktive und überzeugende Kandidatin
218 nominiert.

219 Dennoch: **Den starken Verlusten der Linken stehen massive Gewinne der AfD bei der**
220 **Kommunal- und Europawahl in Sachsen-Anhalt gegenüber.**

221
222 **Es braucht Klarheit und Konzepte**

223
224 Trotz des mutigen und engagierten Einsatzes der Wahlkämpfer:innen ist es **der Linken nicht**
225 **gelingen, die Wähler:innen von linken Alternativen zum rechten Mainstream zu**
226 **überzeugen.** Bei der Europawahlkampagne auf das Thema Umverteilung und soziale Themen
227 zu setzen, traf auf eine Situation, in der Migration und der Krieg in der Ukraine die
228 bestimmenden Themen waren. Während bei der Europawahl 2019 die Verteidigung der
229 europäischen Integration gegen den Nationalismus der Rechtsextremen einen mobilisie-
230 renden Faktor darstellte, war dies bei den Europawahlen in diesem Jahr nicht mehr der Fall.

231
232 Insbesondere beim Thema Migration wurde deutlich, dass ein fehlendes schlüssiges Konzept
233 seitens der Linken den rechten Vormarsch begünstigte. In der Frage des russischen Angriffs
234 auf die Ukraine gab es neben übereinstimmenden Positionen in der Partei, wie die Ablehnung
235 des Aufrüstungsprogramms der Bundeswehr, erhebliche Differenzen bei der Bewertung des
236 Krieges. Die gesellschaftliche Debatte bewegte sich zwischen der Forcierung von Aufrüstung
237 und NATO-Kriegsrhetorik auf der Seite von CDU, Grünen, FDP und Teilen der SPD und offener
238 Sympathie oder stillschweigende Akzeptanz für den russischen Imperialismus auf Seiten von
239 AfD und BSW. Die Beschlusslage der Linken, diesen russischen Angriff zu verurteilen und mit
240 bestimmten, nur auf die Kriegsfähigkeit Russlands zielenden Sanktionen zu antworten, auf
241 der anderen Seite aber alles einzufordern, was einen schnellen Waffenstillstand einleitet, um
242 Friedensverhandlungen zu ermöglichen und Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet zu
243 verbieten, wurde teilweise von Äußerungen aus der Partei konterkariert, aber vor allem fand

244 diese auf der einen Seite differenzierte und auf der anderen Seite unvollständige Position in
245 einer polarisierten Auseinandersetzung kaum Anklang.

246

247 **Der Linken gelang es also nicht, überzeugende Antworten auf gesellschaftliche**
248 **Konflikte zu geben.** Interne Differenzen, insbesondere zum Gaza-Krieg, wurden auf die
249 Straße und in die sozialen Medien getragen, statt sie intern zu diskutieren.

250

251 **Wen sprechen wir an?**

252

253 Da die Verluste in den unterschiedlichen sozialen Gruppen (nicht nur in Sachsen-Anhalt)
254 differenziert ausfallen, stellt sich die Frage nach den Zielgruppen der Partei. Die Verluste sind
255 besonders hoch bei der älteren Generation, bei Arbeiter:innen und Menschen mit geringem
256 Einkommen knapp oberhalb des Bürgergeldes. In diesen Gruppen hat Die Linke eine
257 kulturelle Entfremdung zu verzeichnen. Sie wird hier kaum noch als Interessenvertretung
258 wahrgenommen. Die Erwartung, dass eine Partei etwas für die Menschen tut, statt sich „nur“
259 mit ihnen in Bewegungen zu organisieren, ist hier besonders ausgeprägt. Sie drückt sich auch
260 in der Enttäuschung darüber aus, dass es der Linken nur unzureichend gelungen ist, ihre Ziele
261 politisch umzusetzen.

262

263 Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben aber auch gezeigt, dass es anders geht. Die
264 Linkspartei in Finnland hat ein überragendes Ergebnis eingefahren, in Schweden, Dänemark
265 und Frankreich ist man gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen, auch aus Spanien, Italien
266 und Belgien gibt es Hoffnungszeichen. Diese Parteien sind zum Teil mit sehr unterschied-
267 lichen, aber in sich jeweils schlüssigen und abgestimmten Konzepten in die Europawahlen
268 gegangen. **Diesen Weg der Klärung können auch wir in einer solidarischen Form gehen,**
269 **bei der aber am Ende der Diskussion für die Partei verbindliche Antworten stehen**
270 **müssen.**

271

272

273 **2 - Entwicklung der Partei und strukturelle Herausforderungen**

274

275 **Eine aktive Partei lebt von und mit ihren Mitgliedern.** Die Linke lehnt Spenden aus
276 Unternehmen ab. Die politische Arbeit wird somit durch die Mitglieder und Sympathi-
277 sant:innen finanziert. Zwar fanden seit 2023 bis zum Stichtag 1.7.2024 zahlreiche neue
278 Mitglieder zu uns (229), doch verlor die Partei durch Austritte auch 427 Mitglieder. Das
279 Durchschnittsalter ist mit 61 Jahren sehr hoch. Und es ist traurige Realität, dass zahlreiche
280 treue Mitglieder (141) von uns gegangen sind. An sie denken wir auch weiterhin.

281

282 **Der Mitgliederentwicklung in unserer Partei müssen wir mehr Aufmerksamkeit**
283 **schenken.** Aktiv und offensiv um neue Mitglieder zu werben, die sich den politischen Zielen
284 und Werten der Partei verbunden fühlen, verankert die Partei wieder stärker in der
285 Gesellschaft. Vielerorts gibt es Neumitgliedertreffen, um das Ankommen in der Partei zu
286 erleichtern.

287

288 Genauso ist das aktive Einbeziehen der Parteibasis in die politische Arbeit eine Daueraufgabe.
289 Die Pflege unserer Mitgliedschaft findet natürlich in der gemeinsamen politischen Arbeit statt.

290 **Dort, wo gemeinsam gearbeitet wird, entstehen Beziehungen zueinander und**
291 **bestenfalls entsteht Vertrauen.** Dieses Geflecht ist wichtig, um Partei auch erlebbar zu
292 machen. Die Linke ist eine Partei, die auch dann und besonders für ihre Mitglieder da ist,

293 wenn es ihnen nicht so gut geht, wenn ältere Mitglieder Unterstützung brauchen oder Rat
294 gesucht wird. Wir sind selbstverständlich die Kümmererpartei für die Menschen in unseren
295 Gemeinden und Städten, wir sind sie aber auch für unsere Genoss:innen. Vielerorts
296 organisiert Die Linke Sommerfeste, Feste zum 1. Mai, aber auch Gedenkveranstaltungen zum
297 Tag der Befreiung und, und, und. Diese Veranstaltungen organisieren wir für die Menschen
298 vor Ort, um mit ihnen in Beziehung zu treten.

299

300 Unsere Partei lebt ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen, Mandatsträgerbeiträgen und
301 Spenden. Mit ihren Mandatsträgerbeiträgen sind die Abgeordneten eine verlässliche Quelle
302 zur Finanzierung der politischen Arbeit des Landesverbandes. Die Abgeordneten entrichten
303 ausnahmslos die Beiträge in voller Höhe. Auch dafür gebührt ihnen Dank. Zudem entrichten
304 die Abgeordneten Spenden an den Solidarfonds der Fraktion. Darin liegt ein wertvoller
305 Beitrag, um die Solidarität der Linken spürbar zu machen. So haben die teilnehmenden
306 Abgeordneten 24.000 Euro gesammelt und dafür gespendet, dass tausenden Kindern ein
307 schönes Ferienerlebnis ermöglicht wurde. Die Linke hilft, wo sie kann.

308

309 Bei den Mitgliedsbeiträgen haben wir durchaus Reserven, sie werden selten an die
310 Entwicklung des Einkommens angepasst und es gibt nach wie vor eine nicht unerhebliche
311 Zahl beitrags säumiger Mitglieder. Das Ansprechen auf einen satzungsgemäßen Beitrag gehört
312 zu den ständigen Aufgaben im Land und in den Kreisen. Spendenaufrufe besonders zu
313 Wahlkampfzeiten finden durchaus Resonanz vor allem bei Mitgliedern, aber auch bei
314 Sympathisant:innen. Für diese sei allen Genoss:innen und Sympathisant:innen ausdrücklich
315 gedankt.

316

317 Besonders in den ländlichen Regionen wird es jedoch immer schwieriger, diese Arbeit der
318 Partei zu organisieren. Es gibt Kreisverbände, in denen auf Grund sinkender Mitgliederzahlen
319 nicht alle Vorstände besetzt werden konnten. Die Mitgliedschaft ist räumlich verteilt und der
320 Austausch dadurch schwierig. Zwar helfen digitale Formate bei der Vorstandsarbeit. Bei der
321 Umsetzung von Kampagnen und auch in Wahlkämpfen spüren wir schon sehr deutlich, dass
322 nicht mehr alles leistbar ist. Wir haben als Landesverband schon einmal einen Prozess der
323 Regionalisierung erfolgreich gestaltet, jetzt soll zumindest die Möglichkeit ausgebaut werden,
324 sich freiwillig in Regionalverbänden zu organisieren. Grundsätzlich wollen wir die notwendige
325 Unterstützung des Ehrenamts in der Fläche absichern.

326

327 Dass die AG Struktur ihre Arbeit nicht beendet hat, hat viele Gründe. **Der neu gewählte**
328 **Vorstand wird mit seiner Konstituierung eine neue AG Struktur berufen, die dem**
329 **nächsten Parteitag zügig (bis zum Ende des II. Quartals 2025) einen breit getragenen**
330 **Strukturvorschlag unterbreitet.** Dabei werden die Kreis- und Stadtverbände ebenso
331 einbezogen wie der Jugendverband. Die Federführung für diesen Prozess, wird die neue
332 Geschäftsführung in Zusammenarbeit mit den Vorsitzenden übernehmen. Die Entwicklung der
333 Ressourcen wird ebenso Berücksichtigung finden, wie die Bedarfe vor Ort. Aufgabe der AG
334 Struktur soll es sein, Vorschläge zur Anpassung der Strukturen, besseren regionalen
335 Zusammenarbeit, der Weitergabe von Wissen generations- und regionsübergreifend zu
336 erarbeiten. Dabei müssen die schwindenden personellen und finanziellen Ressourcen ebenso
337 berücksichtigt werden wie die Bedarfe vor Ort.

338

339 Die Partei geht durch eine schwere Krise. Die Erwartungen an die Mitarbeiter:innen sind
340 entsprechend hoch. Dort, wo die Mitarbeiter:innen vor Ort die Strukturen unterstützen,
341 werden sie alles Machbare tun. Alle sind sich ihrer Verantwortung bewusst. Die Zusammen-

342 arbeit vor Ort muss aber auch auf gegenseitigem Respekt und Vertrauen beruhen. Dazu
343 gehören gute Kommunikation auf Augenhöhe und das gegenseitige Verständnis, wenn etwas
344 nicht leistbar ist.

345

346 **Wie organisieren wir die inhaltliche Arbeit der Partei?**

347

348 Die inhaltliche Arbeit der Partei wurde bislang in den Landesarbeitsgemeinschaften
349 organisiert. Wir müssen feststellen, dass von den zahlreichen Landesarbeitsgemeinschaften
350 nur noch wenige aktiv sind. Die Landesarbeitsgemeinschaften dienen dazu, inhaltliche
351 Impulse in die Partei zu tragen und umgekehrt Themen ins parlamentarische Feld zu tragen.
352 Wir brauchen wieder tragfähige Strukturen, um diesen inhaltlichen Prozess zu organisieren.
353 Hierzu wird der Vorstand schnellstmöglich mit den Stadt- und Kreisvorsitzenden sowie
354 Interessierten beraten.

355

356 Um die politische Bildung zu organisieren, aber auch inhaltliche Klärungsprozesse
357 herbeizuführen, wird die Partei auf noch stärkere Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-
358 Stiftung und dem Kommunalpolitische Forum setzen. Ihre geschätzten Kompetenzen werden
359 gebraucht.

360

361 Um die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern, wird der Landesvorstand eine Gruppe von
362 Genoss:innen einberufen, die erfolgreich die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort organisieren. Ziel ist
363 es, sich über erfolgreiche Methoden und Formate auszutauschen und diese flächendeckend
364 anzuwenden. Das umfasst die klassischen Medien genauso wie die modernen digitalen
365 Kommunikationswege. Hierbei soll insbesondere die jüngere Generation mit einbezogen
366 werden. Wir wollen verstärkt Workshops und Bildungsmöglichkeiten anbieten.

367

368 **Den Generationenwechsel ermöglichen**

369

370 Vielerorts tragen langgediente Genoss:innen Verantwortung. Ihnen ist es zu verdanken, dass
371 die Partei vor Ort aktiv war und ist. Diese Arbeit verdient Würdigung und Respekt. Zu
372 respektieren ist aber auch, dass ältere Genoss:innen diese Verantwortung gerne an jüngere
373 Generationen übertragen möchten. Dieser Prozess muss organisiert werden. Die Arbeit der
374 Linksjugend muss verbindlicher in der Arbeit der Partei eingebunden werden. Auch hier sind
375 gegenseitiger Respekt und Vertrauen unerlässlich. Dort, wo der Generationenwechsel
376 gelingen soll, braucht es das Vertrauen in die neuen Verantwortungsträger:innen, eine **Kultur
377 des Ausprobierens und Ermöglichens** und das Zugeständnis, dass ausgetretene Pfade
378 auch einmal verlassen werden können, um Neues zu erschließen. Für gewählte Stadt- und
379 Kreisvorstände wollen wir stärker auf Bildungsangebote der Bundespartei zurückgreifen und
380 sie in Sachsen-Anhalt anbieten, um die Kreisvorstandsarbeit zu erleichtern.

381

382

383 **3 - Die Linke. Neue Stärke gewinnen**

384

385 Die Linke ist dort stark, wo sie in der Breite der Gesellschaft und in der Kommunalpolitik
386 verankert ist. Wir müssen auf die drängenden Fragen unserer Zeit Antworten formulieren und
387 wieder in die Breite tragen. Wir müssen klar sagen, wofür Die Linke in einem immer breiter
388 werdenden Parteienspektrum steht. Wir haben dafür nicht viel Zeit, aber es wird sich lohnen.

389

390 Viele unserer Genoss:innen, gerade die Älteren, wissen aus den Nachwendejahren noch ganz
391 genau, wie die PDS – trotz all dem Gegenwind – erfolgreich Wahlkämpfe geführt hat. Dazu
392 gehört die Erkenntnis: **Politik muss erlebbar sein. Dazu gehört die Stärkung der**
393 **vorpolitischen Arbeit.** Das heißt, über vermeintlich unpolitische Veranstaltungen wie
394 Kinderfeste, Flohmärkte, Friedensmärsche oder Lesungen holen wir die Menschen aus der
395 wachsenden Einsamkeit in die Gemeinschaft und schaffen gemeinsame Erlebnisse. Diese
396 Begegnungen können so die politische Meinungsbildung unterstützen.

397
398 **Wir müssen uns an Themen der Mehrheit orientieren.** Die Linke bespielt auf kommunaler
399 Ebene, genauso wie auf Landes- und Bundesebene, eine Vielzahl von Themen, die sich
400 gegenseitig überlagern. Ein Sowohl-als-auch gibt es in einer Zeit der Desorientierung nicht.
401 Wir werden vor allen Dingen dann wirkmächtig, wenn wir nicht die Widersprüche
402 verschiedener Gruppen betonen, sondern eine gemeinsame Basis schaffen. Paradebeispiel
403 dafür ist die Etablierung des Mindestlohns, der von den Mitgliedern der PDS zuallererst ins
404 Parlament getragen wurde. Gute linke Ideen sind damit gesellschaftlich etabliert und
405 dauerhaft beständig. Gute soziale Politik für alle ist oft die beste Politik für alle
406 Benachteiligten – und kann auf Unterstützung der Mehrheit hoffen.

407
408 Für spaltende Kulturkämpfe, Identitäts- und Symbolpolitik – wie sie die CDU forciert – sind
409 wir nicht zu haben. **Eine wirkmächtige linke Partei ist keine Partei „nur“ für Linke,**
410 **sondern für alle Lohnabhängigen, für Rentner:innen, für Arbeitslose und Familien.** Sie
411 ist für diejenigen da, die sonst keine Stimme im Parlament mehr haben. Wir müssen
412 diejenigen wieder ansprechen, die mit den herrschenden Verhältnissen und deren Parteien
413 unzufrieden sind, diejenigen, die den Klassenkampf von oben täglich zu spüren bekommen
414 und genau wissen, dass die Reichen in den letzten Jahren immer reicher geworden sind. Das
415 sind ganz normale Familien, Rentner:innen oder Abgehängte, Ausgegrenzte, Frustrierte und
416 Resignierte. Wir gehen gezielt zu den Leuten, die schon lange vergessen wurden, in die
417 Viertel, wo Menschen entweder gar nicht oder rechts wählen.

418
419 **Es hilft uns, wenn sich die anderen Parteien in Bezug auf uns definieren und uns und**
420 **unseren Themen damit mehr Reichweite geben, als wir aus eigener Kraft erzielen**
421 **könnten.** Deshalb müssen wir zentrale Kernthemen auf Kommunal- sowie Landesebene
422 ausmachen. Das sind in Sachsen-Anhalt vor allem gleichwertige Lebensverhältnisse,
423 insbesondere bei Bildung, Gesundheit und Armutsbekämpfung. Wenn die Landesregierung so
424 weitermacht wie in den letzten Jahrzehnten, dann wird sich der Lehrermangel in den nächsten
425 Jahren weiter verschärfen. Auch werden weitere Stationen in den Krankenhäusern oder ganze
426 Kliniken schließen. Die Armut unter Kindern und Jugendlichen, Azubis und Studierenden,
427 Alleinerziehenden und Rentner:innen wird weiter anwachsen. Die einzige Partei, die dem
428 etwas entgegensetzt, ist Die Linke. Wir müssen bei diesen Themen beharrlich bleiben, gerade
429 weil der Frust über den Niedergang des Bildungs- und Gesundheitssystems im Land groß ist.
430 Sicherheit bedeutet auch bezahlbare Mieten, gute Pflege im Alter oder bei Krankheit,
431 bezahlbar von A nach B zu kommen, gute Bildung und Ausbildung, die später einen guten
432 Lebensunterhalt sichern.

433
434 **Forderungen im Landtag zu stellen, ist das eine. Genauso wichtig ist es, die**
435 **Forderungen auf die Straße zu tragen und in der Gesellschaft um Mehrheiten für**
436 **unsere Forderungen zu ringen.** Auch hier sind wir in Sachsen-Anhalt erfahren genug. Das
437 Bündnis „Den Mangel beenden“ hat tausende Unterschriften gesammelt. Im Salzlandkreis
438 wurde unter dem Motto „No Teacher No Future“ eine Kampagne entwickelt, die eine breite

439 Basis trägt. Das sind alles Anknüpfungspunkte für unsere Politik, die zeigen: Die Linke kann
440 Lösungen vorschlagen, die Anklang bei der Breite der Gesellschaft finden.

441

442 **Zu einem authentischen Auftreten als Partei gehören auch authentische Personen, die**
443 **dauerhaft beständig die zentralen Themen kommunizieren. Sie sind unsere**
444 **Visitenkarten. Unser Anspruch ist es mit unseren Mandats- und Funktionsträger:innen**
445 **immer** ansprechbar, nahbar und auf Achse für Die Linke zu sein. Wir wollen Menschen zum
446 Mitmachen einladen. Wir sind permanent ansprechbar und sichtbar. Wenn wir Vertrauen
447 aufbauen wollen, dann müssen wir auch vertrauenswürdig auftreten.

448

449 Unsere Mitglieder des Bundestages und des Landtages haben die Möglichkeit, mit ihrer
450 medialen Präsenz dabei einen wesentlichen Anteil zu leisten. Unsere Funktionsträger:innen
451 sind jene, die häufig als Erste nach ihrer politischen Einschätzung gefragt werden. Sie müssen
452 Antworten geben, wo wir als Partei manchmal noch gar keine Antwort haben. Dafür brauchen
453 sie die Freiheit, ihre Ressourcen wirksam einzusetzen zu können.

454

455 **Linke Politik braucht Öffentlichkeit** – auch wenn sie noch nicht die perfekte Lösung
456 beinhaltet. Wenn wir gemeinsam eine Kommunikationsstruktur und -kultur leben, die die
457 Stärke in der Verschiedenheit und nicht in der Meinungshoheit sieht, werden wir für
458 verschiedene Menschen attraktiv und können sie für uns gewinnen. Die schrumpfende
459 Medienlandschaft in Sachsen-Anhalt sowie das rapide Anwachsen neuer Social-Media-
460 Plattformen zwingen uns förmlich dazu, unsere Kommunikation nicht nur vom Parlament auf
461 die Straße zu verlagern, sondern auch in den sozialen Medien und auf eigenen Kanälen
462 präsent zu sein. Wir müssen jetzt mit allen Mitteln für maximale Aufmerksamkeit sorgen.
463 Dazu gehört auch: Rein in die gesellschaftlich brisanten Debatten – auch wenn es weh tut.
464 Wir müssen den Mut haben, mit Aussagen (bei der politischen Konkurrenz) auch einmal
465 anzuecken. Im politischen Streit manifestieren sich Kernbotschaften und Profile von Parteien.

466

467 **Als Partei Die Linke wollen wir Solidarität und Wertschätzung nicht nur propagieren,**
468 **sondern leben.** Der Kampf für soziale Gerechtigkeit ist die Grundlage der Parteiarbeit. Die
469 Parteiämter müssen ausgewogen besetzt sein und politische Konflikte moderieren. Die Partei
470 muss mit möglichst kreativen Aktionen die Herzen der Menschen erobern und mit ihnen auf
471 Augenhöhe kommunizieren. Wir müssen den Menschen wieder deutlich machen, dass wir
472 glaubwürdig ihre Interessen vertreten. Als Weg dorthin hat die Bundesarbeitsgemeinschaft
473 „Die Linke hilft“, nach dem Vorbild der KPÖ, Leitfäden entwickelt, die uns helfen können,
474 wieder stärker in Erscheinung zu treten: Durch direkte Hilfsangebote und Sozialberatung in
475 den bestehenden Büros der Linken im Land. Auch in Sachsen-Anhalt haben wir bereits eine
476 breite Praxis von Hilfsangeboten und Küchen für alle, die wir ausbauen können.

477

478 **Die Linke ist krisenerprobt und wird auch diese Krise überwinden,** wenn wir uns auf
479 unsere linken Ideale und den Markenkern unserer politischen Agenda zurückbesinnen.
480 Es liegt an uns, zu alter Stärke zu kommen. Die Linke, das sind wir.

481

482 Die Linke macht den Unterschied, in der Kommune, im Land und im Bund!

1 Antragsteller:innen:
2 Landesvorstand

13. Mai 2024

3

4 **Antrag Nr. 1.1. bis 1.2.**

5 **zur Änderung der Landessatzung**

6 Der Landesvorstand beantragt folgende Satzungsänderung:

7 **1.1.**

8 **§ 18 Wahl und Zusammensetzung des Landesvorstands**

- 9 (1) Der Landesvorstand (Gesamtvorstand) besteht aus insgesamt mindestens 16 und
10 maximal 20 vom Landesparteitag zu wählenden Mitgliedern.
- 11 (2) Der Landesvorstand wird in der Regel in jedem zweiten Jahr gewählt. Hat in einem
12 Kalenderjahr keine Wahl des Landesvorstands stattgefunden, muss diese spätestens
13 auf einem ordentlichen Landesparteitag im darauffolgenden Kalenderjahr stattfinden.
14 Im Übrigen finden eine Neuwahl des Landesvorstandes oder eventuelle Nachwahlen
15 auf Beschluss des Landesparteitages statt.
- 16 (3) Zwischen den Vorstandstagen kann die laufende Arbeit von einem
17 Geschäftsführenden Landesvorstand geleitet werden.
18 ~~Der Geschäftsführende Landesvorstand besteht aus~~
19 ~~a) Der/dem Landesvorsitzenden;~~
20 ~~b) Einer stellvertretenden Landesvorsitzenden, einem stellvertretenden~~
21 ~~Landesvorsitzenden oder mehreren stellvertretenden Landesvorsitzenden;~~
22 ~~e) Einer Landesschatzmeisterin oder einem Landesschatzmeister;~~
23 ~~d) Einer Landesgeschäftsführerin oder einem Landesgeschäftsführer;~~
24 ~~e) Sowie mindestens 4 weiteren Vorstandsmitgliedern.~~

25

26 **Der Geschäftsführende Landesvorstand besteht in der Regel aus der, dem oder**
27 **den Landesvorsitzenden, deren oder dessen Stellvertreter:innen, dem/der**
28 **Landesgeschäftsführer:in, dem/der Landesschatzmeister:in, höchstens aus sechs**
29 **Mitgliedern und mindestens zur Hälfte aus Frauen.**

30 ~~Der Geschäftsführende Landesvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens 7~~
31 ~~Landesvorstandsmitglieder anwesend sind. Der Geschäftsführende Landesvorstand~~
32 ~~kann keine Beschlüsse im Namen des Landesvorstandes fassen. Er ist dem~~
33 ~~Landesvorstand rechenschaftspflichtig.~~

34 **Der Geschäftsführende Landesvorstand kann keine Beschlüsse im Namen des**
35 **Landesvorstandes fassen. Er ist dem Landesvorstand rechenschaftspflichtig.**

36

37

38

39

40 1.2.

41 **§ 19 Arbeitsweise des Landesvorstandes**

42 (1) Soweit diese Satzung, die Landesfinanzordnung und die Beschlüsse des
43 Landesparteitages nichts anderes bestimmt, regelt der Landesvorstand die
44 Aufgabenverteilung unter seinen Mitgliedern selbst und macht diese parteiöffentlich
45 bekannt.

46 (2) Der Landesvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

47 Der Geschäftsführende Landesvorstand erledigt im Sinne der Beschlüsse des
48 Landesvorstandes die laufenden politischen und organisatorischen Aufgaben und bereitet die
49 Landesvorstandssitzungen vor. Er ist verpflichtet, den Landesvorstand über alle Beschlüsse
50 und Maßnahmen zu informieren. Das Nähere zur Arbeit des Geschäftsführenden
51 Landesvorstand regelt die Geschäftsordnung des Landesvorstandes.

52 **(3) Der Geschäftsführende Landesvorstand tritt regelmäßig zusammen und wird**
53 **durch die/den Landesvorsitzende/n einberufen.**

54 ~~Der Geschäftsführende Landesvorstand~~ **Er** erledigt im Sinne der Beschlüsse des
55 Landesvorstandes die laufenden politischen und organisatorischen Aufgaben und bereitet die
56 Landesvorstandssitzungen vor. Er ist verpflichtet, den Landesvorstand über alle Beschlüsse
57 und Maßnahmen zu informieren. Das Nähere zur Arbeit des Geschäftsführenden
58 Landesvorstand regelt die Geschäftsordnung des Landesvorstandes.

59

60 Begründung:

61 Die Satzung sieht als Kann-Regelung die Einsetzung eines geschäftsführenden
62 Landesvorstands vor, der zwischen den Landesvorstandssitzungen im Sinne der Beschlüsse
63 des Landesvorstandes die laufenden politischen und organisatorischen Aufgaben erledigt und
64 die Landesvorstandssitzungen vorbereitet. In den letzten Jahren wurde in der
65 Geschäftsordnung des Landesvorstands von der Einsetzung eines geschäftsführenden
66 Landesvorstands nicht Gebrauch gemacht, da unter anderem die Satzung bei der Besetzung
67 eine sehr hohe Anzahl an Mitgliedern vorgibt. Diese Regelung ist veraltet und würde dazu
68 führen, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder des Landesvorstandes auch Mitglieder des
69 geschäftsführenden Landesvorstands wären. Für die zukünftigen Aufgaben des
70 Landesvorstandes und des geschäftsführenden Landesvorstandes braucht es ein
71 arbeitsfähiges Gremium, was die laufenden Arbeiten übernimmt und gleichzeitig transparent
72 und nachvollziehbar arbeitet. Aus diesem Grund schlägt der Landesvorstand die Änderung der
73 Satzung in Bezug auf die Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes vor und
74 empfiehlt nach Annahme der Satzungsänderung dem neu gewählten Landesvorstand einen
75 solchen geschäftsführenden Landesvorstand einzusetzen und in die Geschäftsordnung des
76 Landesvorstandes aufzunehmen.

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86 Antragsteller:innen:
87 Landesvorstand

25. Juli 2024

88
89

90 **Antrag Nr. 2**

91

92 **zur Änderung der Landessatzung**

93

94

95 Neufassung der Landessatzung Abschnitt 3 §12

96

97 **3. Die Gliederung der Partei**

98 **§ 12 Kreisverbände**

99 (1) Der Landesverband Sachsen-Anhalt gliedert sich in Kreisverbände.

100 (2) Der Kreisverband kann die Mitglieder in einem Landkreis, in einer kreisfreien Stadt oder in
101 mehreren territorial verbundenen Landkreisen und kreisfreien Städten umfassen. **Letzterer**
102 **wird mit dem Begriff Regionalverband beschrieben.** Soweit die entsprechenden
103 Voraussetzungen vorliegen, kann statt Kreisverband auch der Begriff Stadtverband gewählt
104 werden.

105 (3) Über die Bildung, Abgrenzung **und Auflösung ~~und Zusammenlegung~~** von Kreisverbänden
106 entscheidet der Landesparteitag im Einvernehmen mit den betroffenen Kreisverbänden. **Über**
107 **die Bildung eines Regionalverbandes entscheidet der Landesparteitag auf Antrag der**
108 **beteiligten ursprünglichen Kreisverbände. Kooperationsvereinbarungen zur**
109 **Vorbereitung und Umsetzung einer Regionalstruktur sind im Vorfeld zulässig.** Der
110 Parteivorstand ist über die Struktur des Landesverbandes zu informieren.

111 (4) Organe eines Kreisverbandes sind mindestens der Kreisparteitag und der Kreisvorstand.
112 Kreisparteitage können als Mitglieder- oder Delegiertenversammlung durchgeführt werden. Es
113 können weitere Organe bestehen. **Gleiches gilt sinngemäß für Regionalverbände.**

114 (5) Die Kreisverbände **bzw. Regionalverbände** sind zuständig für alle politischen und
115 organisatorischen Aufgaben ihres Bereiches, sofern durch diese Landessatzung keine andere
116 Zuständigkeit bestimmt wird.

117 (6) Kreisverbände **bzw. Regionalverbände** sind die kleinsten Gebietsverbände mit
118 selbstständiger Kassenführung und eigener Finanzplanung.

119 (7) Kreisverbände haben das Recht, sich weiter in nachgeordnete Gebietsverbände im Sinne
120 von § 7 Parteiengesetz zu gliedern (Ortsverbände). Zur Bildung von Ortsverbänden ist ein
121 Beschluss des Kreisvorstandes oder des Kreisparteitages notwendig. **Gleiches gilt**
122 **sinngemäß für Regionalverbände.**

123 (8) Innerhalb eines Kreisverbandes können Basisgruppen/Basisorganisationen frei gebildet
124 werden. Näheres regeln die Kreisverbände. **Gleiches gilt sinngemäß für**
125 **Regionalverbände.**

126 (9) Wenn Kreisverbände **bzw. Regionalverbände** in ihren Beschlüssen und ihrem politischen
127 Wirken erheblich und fortgesetzt gegen die Grundsätze des Programms, der Satzung oder
128 Grundsatzbeschlüsse der Partei verstoßen, können sie oder einzelne ihrer Organe durch
129 Beschluss des Landesparteitages aufgelöst werden. Der Auflösungsbeschluss bedarf einer

130 satzungsändernden Mehrheit. Dieser Beschluss muss auch das weitere Verfahren zur
131 demokratischen Neukonstituierung regeln. Die Parteimitgliedschaft des einzelnen Mitglieds
132 bleibt davon unberührt.

133 (10) Gegen einen Auflösungsbeschluss nach Absatz 9 besteht ein Widerspruchsrecht bei der
134 Landesschiedskommission. Bis zur abschließenden Entscheidung ist die Geschäftsfähigkeit
135 des Kreisverbandes **bzw. Regionalverbandes** ausgesetzt.

136

137 Begründung:

138

139 Der Rückgang der Mitgliederzahlen und die Altersstruktur insbesondere in den
140 Kreisverbänden in der Fläche führt zunehmend zu einer sinkenden Kampagnenfähigkeit, zu
141 Problemen bei der Besetzung von Gremien, aber ggf. auch zu wirtschaftlichen Problemen in
142 den Kreisverbänden. Junge Menschen stoßen zwar durchaus auch dort zu uns, aber im
143 Kontext von Ausbildung oder Studium oder auch aus beruflichen Gründen wechseln sie dann
144 in andere Strukturen. Das kann dazu führen, dass in Bezug auf ihre Handlungsfähigkeit
145 Kreisverbände eine kritische Größe unterschreiten. Eine ähnliche Situation hatten wir im
146 Landesverband schon vor 25 Jahren, als wir unsere Strukturen an die Kreisgebietsreform
147 angepasst haben, die Präsenz der Partei im Land (Kreisgeschäftsstellen) in eine
148 flächendeckende Präsenz in Kooperation mit den Fraktionen und Mandatsträger:innen
149 umgebaut und die Unterstützung des Ehrenamtes in Regionen (angelehnt an die
150 Planungsregionen des Landes) neu organisiert haben. Bei der gegenwärtigen Entwicklung
151 sind wir gut beraten, unsere Aufstellung kritisch zu hinterfragen und ggf. zukunftsfeste
152 Lösungen zu suchen.

153

154 In der Landessatzung § 12 Absatz 2 heißt es:

155

156 *Der Kreisverband kann die Mitglieder in einem Landkreis, in einer kreisfreien Stadt oder in*
157 *mehreren territorial verbundenen Landkreisen und kreisfreien Städten umfassen. Soweit die*
158 *entsprechenden Voraussetzungen vorliegen, kann statt Kreisverband auch der Begriff*
159 *Stadtverband gewählt werden.*

160

161 Damit ist bereits die Möglichkeit gegeben, Kreisverbände aus mehreren territorial
162 verbundenen Landkreisen zu bilden. Allerdings ist so der Begriff „Kreisverband“ einer
163 gewissen Doppeldeutigkeit unterworfen, eine Verbindung von zwei oder mehr territorial
164 verbundenen Kreisen sollte auch entsprechend gekennzeichnet und geregelt werden. Daher
165 der Vorschlag, hier den Regionalverband einzuführen.

166

167 Selbstverständlich ist eine Strukturveränderung mit einer Reihe von Fragen verbunden, die im
168 Vorfeld zu beachten sind.

- 169 • Die parteirechtliche Stellung eines Regionalverbandes ist unproblematisch, er ist bei
170 Fragen der Mitwirkung im Landesverband den Kreisverbänden gleichgestellt.
- 171 • Ein Regionalverband bedeutet, dass zwar mit einer höheren Mitgliederzahl ein größeres
172 Territorium bespielt werden muss. Das ließe sich auch durch Hilfe aus den deutlich besser
173 aufgestellten Stadtverbänden erreichen, allerdings haben diese in der Regel keinen Bezug
174 zu den regionalen Problemen (d.h. das wäre eher kein Problem bei Plakatierung oder
175 Materialverteilung, durchaus aber beim inhaltlichen Kontakt wie bei Infoständen oder im
176 Bürgergespräch).

- 177 • Die Bündelung von Aktiven für Aktionen und Kampagnen wird durch die größeren
178 personellen Ressourcen erleichtert, ebenso wie die Besetzung von Gremien. Allerdings
179 muss auch die Bereitschaft vorhanden sein, für einen größeren Bereich Verantwortung zu
180 übernehmen. Erleichtert würde das durch eine kluge Untergliederung des
181 Regionalverbandes und die Einbeziehung aller (Landkreise) in die politische und
182 organisatorische Führung.
- 183 • Unabdingbar wäre für einen Regionalverband die Etablierung moderner Arbeitsformen
184 (Videokonferenzen, Onlinekontakte usw.), da ansonsten die Wegezeiten die Zeiten für
185 politische Arbeit verringern. Wir sollten ohnehin überdenken, ob wir die Zahl interner
186 Sitzungen und Veranstaltungen zu Gunsten der öffentlichen Wirksamkeit reduzieren. Wir
187 sollten aber auch beachten, dass bei einer Reihe von Mitgliedern auch der persönliche
188 Kontakt eine Rolle spielt.

189
190 Im Vorfeld der Bildung von Regionalverbänden sollte es eine schriftliche Vereinbarung
191 zwischen den Kreisen geben, die Eckpunkte des Zusammengehens regelt, so u.a.:

- 192 • die Vertretung aller beteiligten Kreisverbände in Gremien zumindest für eine
193 Übergangszeit,
194 • die Finanzen des Regionalverbandes,
195 • die Struktur der Finanzarbeit.
- 196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222

223 Antragsteller:innen:

19. Juli 2024

224 Die Linke Kreisverband Börde, Die Linke Kreisverband Anhalt-Bitterfeld,

225 Die Linke Kreisverband Harz, Die Linke Kreisverband Salzlandkreis

226

227

228 **Antrag Nr. 1**

229 **an die 2. Tagung des 9. Landesparteitages**

230

231 1. Wir fordern den Landesverband auf, bei zukünftigen Wahlen auf sinnlose massenweise
232 und unverhältnismäßig aufwändige A1-Plakatierung an Lichtmasten, Bäumen oder
233 Zäunen zu verzichten und dafür andere Wahlwerbung zu nutzen.

234 2. Wir bitten alle kommunalen Mandatsträger:innen, in ihren Kommunen darauf
235 hinzuwirken, dass die kommunalen Satzungen dahingehend geändert werden, dass
236 A1-Plakatierung für alle Parteien und Wählergemeinschaften nur noch auf dafür
237 vorgesehenen zentralen Tafeln (Beispiel Haldensleben) vorgenommen werden darf.

238 3. Wir fordern den Landesverband auf, sich dem in Punkt 1 und 2 inhaltsgleichen Antrag
239 an den Bundesparteitag im Oktober 2024 anzuschließen.

240

241 Begründung:

242 Der zeitliche, finanzielle und personelle Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Nutzen. Der
243 ökologische Fußabdruck von der Herstellung bis zur Entsorgung der A1-Plakate ist hoch und
244 nicht mehr zeitgemäß. Durch offensive Kommunikation unseres Verzichts auf A1-Plakate
245 besteht die Möglichkeit, bei Wähler:innen zu punkten.

246

247

248

249

250

251

252

253

254

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266 Antragsteller:innen:
267 Sprecher:innenrat Kreisverband Jerichower Land

25. Juli 2024

268
269
270

271 **Anträge Nr. 2.1. und 2.2.**

272

273 **an die 2. Tagung des 9. Landesparteitages**

274

275

276 Zur 2. Tagung des 8. Landesparteitages vom 05. bis 06.03.2022 sind durch den Kreisverband
277 Jerichower Land drei Anträge eingereicht worden. Zum Ende der Tagung haben die
278 Delegierten des Kreisverbandes JL aus zeitlichen Gründen beantragt, diese Anträge an den
279 Landesvorstand zu verweisen. Mit Beschluss des Parteitages wurden diese an den
280 Landesvorstand weitergegeben (siehe „Weitere Beschlüsse der 2. Tagung des 8.
281 Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 5. und 6. März 2022“).
282 Nach über zwei Jahren sind die Anträge nicht abschließend behandelt! Es gab zwar im
283 Oktober 2022 einen Beschluss zum Umgang mit den Anträgen, der bisher aber nicht
284 umgesetzt ist.

285 Die Linke muss sich erneuern. Wir müssen die derzeitige Krise überwinden. Arbeitsweisen
286 und Strukturen müssen sich den veränderten Bedingungen anpassen!
287 Daher sollen nunmehr zwei der Anträge erneut zum diesem Landesparteitag eingereicht
288 werden.

289

290

291 **2.1.**

292 **Begrenzung der Wahlperioden für Landtag und Bundestag**

293

294 Der Landesparteitag möge beschließen:

295

- 296 1. Die Dauer der Ausübung eines Mandats für unsere Partei soll auf die Dauer von zwei
297 Wahlperioden begrenzt werden.
- 298 2. Wenn eine entsprechende Änderung der Bundessatzung beschlossen ist, soll die
299 Landessatzung angepasst werden.

300

301 Begründung:

302 Mit dieser Beschränkung auf zwei Wahlperioden soll der Weg für eine Erneuerung in den
303 Fraktionen auf Landes- und Bundesebene geöffnet und das Phänomen des
304 Berufspolitikertums eingedämmt werden. Dies bedeutet, dass Politiker:innen nicht über einen
305 zu langen Zeitraum hinweg im Amt bleiben und somit möglicherweise den Bezug zur realen
306 Gesellschaft verlieren. Durch die Rotation von Mandatsträger:innen können frische Ideen und
307 Perspektiven in die Politik eingebracht werden, was zu einer lebendigeren und vielfältigeren
308 politischen Landschaft führen kann. Zudem werden „Verkrustungen“ in der Fraktion
309 entgegengewirkt.

310 Aus der Strukturkommission des Parteivorstandes heißt es: „Die Mandatszeitbegrenzung wird
311 empfohlen und soll nach zwei Legislaturperioden greifen. Bei der Aufstellung der Landeslisten
312 ist darauf hinzuwirken, dass mindestens jeder vierte Listenplatz mit einer Person besetzt wird,
313 die dem Bundestag in den 36 Monaten vor dem Wahltag nicht angehört hat.“

314

315 **2.2.**

316 **Festlegung von Kriterien zur Erstellung der Liste für die Landtagswahlen**

317

318 Der Landesparteitag möge beschließen:

319 Der Landesvorstand wird aufgefordert, vor Beginn der Listenaufstellung zur Landtagswahl
320 2026 Kriterien für Kandidaturen und die Zusammensetzung der Liste zu erarbeiten, mit den
321 Stadt- und Kreisverbänden zu beraten und in das Verfahren zur Aufstellung einzubringen.

322

323

324 Begründung:

325 Mit diesen Vorgaben soll eine größtmögliche Gleichbehandlung von Kandidat:innen für die
326 Landtagswahl erreicht werden. Dem Landesvorstand wird so ein Instrument an die Hand
327 gegeben, die Basis gleichberechtigt zu beteiligen. Es ist wichtig, dass wir klare und
328 transparente Grundsätze haben, um sicherzustellen, dass die bestmöglichen Kandidat:innen
329 für unsere Partei nominiert werden. Diese Kriterien sollen sicherstellen, dass unsere
330 Kandidat:innenliste vielfältig und repräsentativ ist und dass wir die besten Köpfe für eine
331 erfolgreiche Zukunft unserer Partei nominieren.

332

333 Aus unserer Sicht sollten folgende Überlegungen in die Kriterien einfließen:

- 334 • Der Landesvorstand gibt Themenfelder vor, für die sich Interessent:innen bewerben
335 können.
- 336 • In die Einschätzung der Eignung fließen solche Anforderungen ein wie eine
337 abgeschlossene
338 Berufsausbildung bzw. ein Studienabschluss und mindestens 2 Jahre Berufserfahrung.

339

340 Für die ersten 15 Plätze können wir uns folgende Verfahrensweise vorstellen:

- 341 - Quotierung,
- 342 - für die einzelnen Plätze (auch 1) werden Themenfelder durch den LPT festgeschrieben,
343 auf die/der Bewerber/in passen muss,
- 344 - die regionale Ausgewogenheit wird durch die Festschreibung von dreimal je 5 Plätzen
345 nach den Landesplanungsregionen gesichert,
- 346 - 5 Plätze müssen an Bewerber vergeben werden, die bisher nicht im Landtag vertreten
347 sind
- 348 - 3 Bewerber sollen max. 26 Jahre alt sein.

349

350

351

352 Mario Langer

353 Vorsitzender Sprecherrat

354

355

356

357

358

359

360

361

362

363

364

365 Antragsteller:innen:
366 Stadtvorstand Die Linke Magdeburg

26. Juli 2024

367
368
369

370 **Antrag Nr. 3**

371

372 **an die 2. Tagung des 9. Landesparteitages**

373

374

375 **Linke Politik braucht Raum für Debatten**

376

377 Antrag

378 Der Landesvorstand wird aufgefordert, regelmäßig für die und mit den Genoss:innen der
379 Partei Räume einzurichten und zu moderieren, in denen kommunal- bis weltpolitische Themen
380 miteinander diskutiert werden können. Diese Debattenräume sind regelmäßig sowohl in
381 Präsenz als auch digital anzubieten.

382

383 Begründung:

384 Linke Politik lebt vom Austausch, vom Diskurs. Dieses kam in der zurückliegenden Zeit
385 deutlich zu kurz. Es fehlte über die Stadt- und Kreisverbandsgrenzen hinaus ein Austausch
386 innerhalb des Landesverbandes, der es allen interessierten Genoss:innen ermöglichte,
387 Debatten miteinander zu führen. Gerade der russische Angriffskrieg, der Krieg in Israel und
388 Palästina, insgesamt die Friedensthematik haben in der zurückliegenden Zeit verdeutlicht,
389 dass wir nicht mehr miteinander diskutieren und Vorstandsbeschlüsse nicht zwingend durch
390 die Basis getragen werden. Themenfokuse werden zu oft durch Partei- oder Fraktionsführung
391 einseitig gesetzt. Die Genoss:innen an der Basis fühlen sich dadurch nicht mitgenommen.
392 Schlimmer noch: Sie fühlen sich nicht gehört. Es ist Aufgabe eines Landesvorstandes, Räume
393 zu ermöglichen, in denen man miteinander diskutiert. Das stärkt uns in der Debatte, aber vor
394 allem im gegenseitigen Verständnis, fördert das Zuhören, aber ermöglicht auch ein
395 geschlossenes Auftreten nach außen. Auch wird so die gemeinsame, ebenenübergreifende
396 Positionsfindung vorangetrieben. Die von einzelnen Genoss:innen immer wieder aufgerufene
397 Verhaltensweise, Debatten auf Social Media zu unterlassen, würde damit endlich auch
398 praktisch untersetzt werden, in dem Debatten im Landesverband endlich wieder Raum
399 bekommen.

400

401

402

403

404

405

406

407

408

409

410

411

412

413

416

417 **Antrag Nr. 4**

418

419 **an die 2. Tagung des 9. Landesparteitages**

420

421

422 Antrag

423 Der Landesvorstand wird aufgefordert, die strategische Ausrichtung der Landespartei zu
424 analysieren und ihr inhaltliches Profil zu schärfen. Dies soll über folgende Säulen umgesetzt
425 werden:

426

427 **Wahlanalysen und aktuelle Herausforderungen:**

428 In den kommenden zwei Jahren stehen wegweisende Wahlen bevor. Die Ergebnisse der
429 Europa- und Kommunalwahlen haben genauso wie die Landtagswahl 2021 und die
430 Bundestagswahl 2021 als Seismograph für die aktuelle Lage der Partei gedient und deutlich
431 gemacht, dass ein einfaches „Weiter-So“ nicht funktioniert. Es hätte klar sein müssen, dass
432 tiefgreifende Veränderungen notwendig sind, dennoch wurde bisher nur ein „Weiter-So“
433 praktiziert. Die desaströsen Wahlergebnisse bei der Europa- und Kommunalwahl zeigen, dass
434 wir kaum noch eine Chance haben, ohne grundlegende Analyse und Veränderung das Ruder
435 herumzureißen.

436

437 **Notwendigkeit einer umfassenden Analyse:**

438 Es muss eine tiefgreifende kritische und ehrliche Analyse der Parteistrukturen, des
439 inhaltlichen Profils und der Mitgliederbindung erfolgen. Diese Analyse muss nicht nur
440 versprochen, sondern umgehend umgesetzt werden. In die strategische Debatte müssen
441 zwingend die Kreis- und Stadtverbände eng und dauerhaft eingebunden werden. Strategische,
442 programmatische und taktische Positionierungen dürfen nicht „von oben herab“ festgelegt
443 und öffentlich verkündet werden, sondern müssen in den Gremien und in der Basis der Partei
444 diskutiert werden.

445

446 **Generationswechsel und Ehrenamt:**

447 In den Stadt- und Kreisverbänden erleben wir seit geraumer Zeit einen Generationswechsel.
448 Gleichzeitig wird es immer schwieriger, Vorstände zu besetzen. Ehrenamtliche
449 Verantwortungsträger:innen benötigen entsprechende Unterstützungsmechanismen wie
450 regelmäßige Runden des Austausches, Handreichungen für Parteitage und Schulungen. Auch
451 die Kommunikation zwischen den Kreis- und Stadtverbänden und dem Landesvorstand muss
452 regelmäßiger und strukturierter erfolgen. Der Erfahrungsaustausch, die praktische Hilfe im
453 Parteialltag sowie die inhaltliche Positionsfindung müssen bessere Wege finden.

454

455 **Mitgliederbindung und Integration neuer Mitglieder:**

456 Neue Mitglieder kommen zu uns, um etwas zu bewirken, sie treffen jedoch auf Strukturen, die
457 oft nur noch begrenzt handlungsfähig, die frustriert sind. Sowohl neue als auch erfahrene
458 Genoss:innen kommen aus unterschiedlichen Milieus und mit unterschiedlichen Erwartungen.
459 Daher brauchen wir Räume des Kennenlernens, der Begegnung und des Austausches, um
460 stärker gemeinsam aufzutreten. Nur wenn wir mehr voneinander wissen und lernen, können
461 wir auch stärker gemeinsam auftreten. Der Landesvorstand ist aufgefordert, ein Konzept zu
462 entwickeln, um die Mitgliederbindung zu stärken und neue Genoss:innen aktiv in die Partei zu
463 holen, ohne die erfahrenen Genoss:innen außen vor zu lassen.

464

465 **Strukturelle Herausforderungen und Finanzdebatte:**

466 Als Landesverband stehen wir vor strukturellen Herausforderungen. Sinkende
467 Mitgliederzahlen führen zu sinkenden Einnahmen. Es ist höchste Zeit, sich der Struktur des
468 Landesverbandes anzunehmen und zu definieren, welches Hauptamt und welche Strukturen
469 es braucht, um die Ehrenamtlichen in den Städten und Kreisen zu unterstützen. Dabei darf die
470 Finanzdebatte nicht außen vor bleiben. Alle Genoss:innen sind zur Beitragsehrlichkeit
471 aufgerufen.

472

473 **Kandidat:innenfindung:**

474 Für die bevorstehenden Wahlen gilt es, rechtzeitig Kandidierende zu gewinnen. Viele
475 engagierte Genoss:innen sind seit Jahren aktiv und übernehmen (ehrenamtlich)
476 Verantwortung. Sie verdienen unser Vertrauen bei der Kandidatur. Zuzug und Beitritte zu
477 Kreis- und Stadtverbänden allein zum Zwecke der Aufstellung für Wahlen lehnen wir ab.

478

479 **Profilschärfung und thematische Geschlossenheit:**

480 Profilschärfung schaffen wir nur mit thematischer Geschlossenheit. Wir müssen als
481 Landesverband endlich thematisch wahrnehmbar und mit einem Profil in der Öffentlichkeit
482 stehen. Die Partei ist der Motor unserer Politik. Nur wenn wir eine politische Sprache nach
483 außen sprechen, sind wir für die Menschen wieder glaubwürdiger. Dazu braucht es inhaltliche
484 Verständigungen. Gerade das Thema der Daseinsvorsorge in einem Flächenland wie Sachsen-
485 Anhalt ist dabei der Dreh- und Angelpunkt. Ob Wohnen, ÖPNV, Krankenhaus, Hausärzt:innen,
486 Kita, Schule oder Pflege - hier sind wir stark, hier haben wir gute Konzepte. Diese gilt es zu
487 stärken und vor allem nach außen deutlich besser zu tragen. Das gelingt aber nur, wenn es
488 seitens des Landesverbandes auch progressiv vorangetrieben wird.

489

490 Begründung

491 Wir stellen diesen Antrag, weil die Partei vor erheblichen Herausforderungen steht und ohne
492 eine tiefgreifende Analyse und Neuausrichtung ihre gesellschaftliche Relevanz und
493 Handlungsfähigkeit zu verlieren droht.

494

495 Die desaströsen Ergebnisse der letzten Europa- und Kommunalwahlen haben gezeigt, dass
496 die bisherige Strategie nicht funktioniert. Es ist klar, dass ein einfaches „Weiter-So“ nicht
497 mehr tragbar ist. Eine fundierte Analyse ist daher zwingend notwendig, um die Ursachen des
498 Misserfolgs zu verstehen, zu beheben und uns neu auszurichten. Ein Zurück kann es dabei
499 nicht geben.

500

501 In den kommenden zwei Jahren stehen entscheidende Wahlen an. Ohne eine sofortige und
502 gründliche strategische Neuausrichtung haben wir kaum eine Chance, in diesen Wahlen
503 erfolgreich zu sein. Die bevorstehenden Bundestags- und Landtagswahlen in 2025 und 2026
504 erfordern eine starke, einheitliche und klar profilierte Partei im Land Sachsen-Anhalt.

505

506 Auch sinkende Mitgliederzahlen sowie der Verlust von Mandaten stellen uns vor erhebliche
507 finanzielle und strukturelle Probleme, bei denen es einer strikten Gesamtevaluation der
508 Strukturen bedarf. Die Wahlverluste dürfen die Handlungsfähigkeit der Partei nicht gefährden.

509

510 Auch gilt der Fokus dieses Antrags der gemeinsamen Arbeit an Strukturen und Inhalten, denn
511 die Einbindung der Basis ist essentiell für einen gestärkten Zusammenhalt.

512 Aufgeben ist nicht! Deswegen muss eine tiefgreifende kritische wie auch ehrliche Analyse

513 umgehend erfolgen. Dabei müssen Parteistruktur, inhaltliches Profil, Mitgliederbindung als
514 auch die bevorstehende Bundestagswahl in 2025 und die Landtagswahl in 2026 in einer
515 strategischen Debatte zielführend betrachtet werden. Die vom Landesverband eingesetzte AG
516 Struktur hätte diesen Weg einschlagen können. Jedoch ist ihr Agieren aus unbekanntem
517 Gründen nicht fortgesetzt worden. In diese Debatte sind zwingend die Kreis- und
518 Stadtverbände dauerhaft und eng einzubinden. Strategische, programmatische und taktische
519 Positionierungen sind grundsätzlich in den Gremien, Strukturen und mit der Basis der Partei
520 zu diskutieren.

521
522
523
524
525
526
527
528
529
530
531
532
533
534
535
536
537
538
539
540
541
542
543
544
545
546
547
548
549
550
551
552
553
554
555
556
557
558
559
560
561
562

563 Antragsteller:innen:
564 Stadtvorstand Die Linke Halle (Saale)

26. Juli 2024

565

566 **Antrag Nr. 5**

567

568 **an die 2. Tagung des 9. Landesparteitages**

569

570 **Partei stärken, Ressourcen bündeln, Umgang mit Mandaten reformieren**

571

572 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

573

574 Die Delegierten des 9. Landesparteitages der Partei Die Linke Sachsen-Anhalt fordern den
575 Landesvorstand dazu auf:

576

577 1.) bei den Listenvorschlägen zur Landtags- und Bundestagswahl eine feste
578 Erneuerungsquote zu beachten. Konkret müssen 2/3 der Vorschläge weniger als zwei
579 Wahlperioden Mitglieder des Land- bzw. Bundestages gewesen sein. Diese Quote bezieht
580 sich dabei auf die Anzahl der Mandate, die bei der letzten Wahl errungen werden
581 konnten.

582

583 2.) dem Landesparteitag vor der Listenaufstellung für die nächste Wahl einen
584 Beschlussvorschlag für eine Vereinbarung zur Mandatsträgerabgabe vorzulegen. Die
585 Abgabe soll sich dabei an der Grenze des durchschnittlichen Facharbeitergehaltes
586 orientieren wie es etwa unsere österreichische Schwesterpartei KPÖ regelt. Dazu soll
587 bereits jetzt eine Möglichkeit gesucht werden, vorhandene Mittel aus
588 Mandatsträgerabgaben oder Spenden (neben der Finanzierung der Partei) in einen
589 Hilfsfonds zu geben, der z.B. über Sozialsprechstunden direkt für Menschen in sozialen
590 Problemlagen zur Verfügung steht.

591

592 3.) mit den Kreis- und Stadtverbänden einen Dialog über mögliche Anwendungen im Sinne
593 der oben genannten Vorgaben auf der kommunalen Ebene zu führen, um diese den
594 kommunalpolitischen Realitäten anzupassen.

595

596 4.) geeignete Methoden zu entwickeln, um gemeinsam mit allen Mandatsträger:innen, Kreis-
597 und Stadtvorständen und der Basis einen Wissenstransfer zwischen erfahrenen und
598 neuen Mitgliedern sowie zwischen den jeweiligen Strukturen zu organisieren. Das soll mit
599 den vorhandenen Angeboten und Kooperationen abgestimmt werden.

600

601 Begründung:

602

603 Zu 1.) In ähnlicher Form wurde der Antrag bereits auf vorherigen Parteitag diskutiert. Die
604 jeweiligen Entwürfe sind entweder knapp abgelehnt oder zur Beratung an den Landesvorstand
605 überweisen worden, was z.B. mit Bezug auf die Anträge aus dem Jerichower Land inzwischen
606 2 ½ Jahre her ist. In der jetzt vorliegenden angepassten und kontextualisierten Form hoffen
607 wir allerdings auf Zustimmung oder zumindest auf Änderungsanträge zur Anpassung der
608 Forderung. Denn die Fakten liegen auf der Hand: Während in den 90er-Jahren in verschiedenen
609 progressiven Parteien ganz selbstverständlich davon ausgegangen wurde, dass das
610 Ungleichgewicht zwischen Parteien und Fraktionen, Ehrenamtlichen und Mandatsträger:innen

611 genau wie die Einstellung auf die Berufspolitik an sich immer Probleme mit sich bringt, sind
612 wir heute in der Situation, dass weder die Bundestagsgruppe noch die Landtagsfraktion in
613 Sachsen-Anhalt die für Ehrenamtliche weiterhin geltende Regel von acht Jahren (z.B. für den
614 Parteivorsitz) einhalten würden. Während sich die bisherige Durchschnittsmandatszeit im
615 Bundestag dadurch „verjüngt“ hat, dass mit der BSW-Abspaltung einige
616 „Dauerparlamentarier:innen“ gegangen sind und nun nur noch knapp zweistellig liegt, wird
617 unsere Fraktion in LSA nach dem Ende der Wahlperiode (2026) eine
618 Durchschnittsmandatszeit von 15,25 Jahren aufweisen. Ganz unabhängig von Einzelpersonen
619 gibt es also einen strukturellen Faktor, der dem, was wir bundesweit als richtig empfinden,
620 widerspricht. Daraus resultiert Handlungsbedarf, den wir mit dieser Erneuerungsquote
621 bedienen wollen. Es geht aber nicht nur um Zahlen, sondern vor allem um Inhalte: Potentiell
622 rotierende Ämter stärken die Verbindung zwischen Partei und Fraktion, eine sprechende
623 Regelung sorgt für mehr Glaubwürdigkeit gegenüber dem Vorwurf der Berufspolitik und hilft
624 bei der Integration von Genoss:innen, die mehrheitlich noch nicht in der Partei waren, als die
625 „Durchschnittsfraktion“ schon die erste Wahlperiode im Landtag hinter sich gebracht hat.
626

627 Zu 2.) Mandatszeitbegrenzung und Mandatsträgerabgaben (und ihre Nutzung) gehören für uns
628 zusammen. Beides ist ein Ausdruck von unserer Kritik an der „Berufspolitik“. Unsere
629 österreichische Schwesterpartei KPÖ regelt deshalb die Begrenzung von Mandatseinkünften
630 auf ein Facharbeitergehalt, um dieses Thema anzugehen. Darüber hinaus wird darauf
631 geachtet, dass die Zahlungen einen konkreten Mehrwert haben, also etwa Menschen in
632 Notlagen helfen und damit gleichzeitig den sozialen Anspruch der Partei verkörpern. Wir
633 wissen dabei, dass unsere Abgeordneten schon sehr viel spenden, aber wir glauben, dass es
634 ein entsprechendes Signal braucht und über die Verwendung der Mittel anders entschieden
635 werden muss, um einen stärkeren Effekt zu erzielen. Mit einem dauerhaften Hilfsfonds für
636 soziale Notlagen schaffen wir Vertrauen und geben den Sozialsprechstunden Auftrieb. Da wir
637 dafür kein fertiges Konzept präsentieren können, wollen wir den Landesvorstand mit beidem
638 beauftragen, um den politischen Willen der Partei konkret umzusetzen.
639

640 Zu 3.) Kommunale Gremien sind anders. Teilweise fehlen schlicht die Kandidat:innen,
641 teilweise recht die Entschädigung nicht einmal für das Benzin oder das Bahnticket, um in den
642 Ort der Kreistags- oder Ortschaftsratssitzung zu fahren. Hier geht es uns deshalb darum zu
643 prüfen, wie die auch für die kommunale Ebene richtigen Gedanken zur Begrenzung und zu
644 höheren Abgaben dort umsetzbar sind. Das müssen letztlich die Verbände vor Ort
645 entscheiden. Gleichzeitig gilt natürlich auch hier, dass es personelle Erneuerung und die
646 ideale Nutzung der Mandatsträgerbeiträge braucht. Teil der Diskussion muss auch sein, wie
647 man mit den Positionen von Wahlbeamt:innen und anderen (Oberbürgermeister:innen,
648 Bürgermeister:innen, Begeordneten, Landrät:innen) umgeht.
649

650 Zu 4.) Zur Mandatszeitbegrenzung gehört der Wissenstransfer, der auch ganz unabhängig
651 davon in der Partei ausgebaut werden muss. Immer wieder werden Forderungen nach einer
652 „Parteischule“ und nach mehr Seminaren laut. Das ist eine Aufgabe, die definitiv angegangen
653 werden muss. Ein Teil davon ist es, die reale Erfahrung von langjährigen Mandatsträger:innen
654 zu nutzen und weiterzugeben. Das wird am Besten ergänzt durch eine Verzahnung mit bereits
655 bestehenden Angeboten.
656
657
658
659
660

661 Antragsteller:innen:
662 Gabriel Rücker (Delegierter Stadtverband Magdeburg)

26. Juli 2024

663
664
665

666 **Antrag Nr. 6**

667
668

668 **an die 2. Tagung des 9. Landesparteitages**

669
670

671 **Geschlechtervielfalt anerkennen, Selbstbestimmung in der Partei leben!**

672

673 Am 12. April 2024 wurde vom Bundestag das Selbstbestimmungsgesetz beschlossen. Dies ist
674 ein riesiger Fortschritt zum Transsexuellengesetz. Geschlechtliche Vielfalt ist bisher kaum
675 repräsentiert in unserer Partei. Sichtbarkeit ist aber essenziell. Bei den Listenaufstellungen
676 für unsere Partei sind nicht alle Geschlechtsidentitäten abgebildet. In unseren Satzungen und
677 Ordnungen geht die Partei immer noch vom binären Geschlechtsverständnis aus. Die macht
678 Identitäten aus dem TIN*-Spektrum (Trans*, Inter*, Nicht-Binär*) unsichtbar. Hier muss
679 unsere Satzung die geschlechtliche Vielfalt widerspiegeln, um diese anzuerkennen.

680

681 Generell ist der Diskussionsstand zu Themen der geschlechtlichen Vielfalt in der Partei noch
682 nicht ausreichenden. Außerdem müssen die Implikationen des neuen
683 Selbstbestimmungsgesetzes in der Partei berücksichtigt werden.

684

685 Wir fordern daher, geschlechtliche Vielfalt in der Partei sichtbar zu machen und zu leben.

686

687 Dazu fordern wir:

688

1. TIN*-Personen sind bei allen Themen und Strukturen der Partei grundsätzlich
689 anzuerkennen, einzubeziehen und zu unterstützen. Dies gilt insbesondere bei der
690 Ermutigung zur Übernahme von Ämtern und Funktionen.

691

2. Der Landesparteitag fordert den Parteivorstand auf die Satzungen und Ordnungen der
692 Partei so zu überarbeiten, dass sie die geschlechtliche Vielfalt abbilden. Dazu legt der
693 Parteivorstand Vorschläge vor, wie TIN*-Personen bei Wahlen zu berücksichtigen sind.

694

3. Der Parteivorstand erarbeitet Maßnahmen, die geschlechtliche Vielfalt in der Partei zu
695 stärken und Diskriminierung abzubauen.

696

4. Der Parteivorstand bietet Formate an, in der über geschlechtlichen Vielfalt aufgeklärt
697 wird. Vor allem Führungspersonal muss für geschlechtliche Vielfalt sensibilisiert wird.

698

5. Es werden Formate eingerichtet, in denen der Parteivorstand konkrete Maßnahmen
699 entwickelt, um die Sichtbarkeit geschlechtlicher Vielfalt, auch parteiintern, zu
700 verbessern.

701

6. Der Parteivorstand überprüft, welche Barrieren es in der Partei gibt, die strukturelle,
702 räumliche oder andere Barrieren für TIN*Personen darstellen und entwickelt
703 Maßnahmen, diese abzubauen.

704

705

706

707

708